# Lübecker Volksbote.

**Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.**

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 202. Freitag, den 30. August 1907. 14. Jahrg.


**Hierzu 1 Beilage**

## Um was wir noch zu kämpfen haben.

Von einem sozialpolitischen Mitarbeiter wird der Mannheimer „Volksstimme" geschrieben:

Ein weiterer sozialpolitischer Entwurf ist, wie versichert wird, im Reichsamt des Innern fertiggestellt. Mit dem Gesetzentwurf soll ein Versprechen eingelöst werden, das am 13. April dieses Jahres der damalige Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Graf v. Posadowsky, dem Reichstage gegeben hat. Er teilte damals mit, daß eine allgemeine Revision der vom Bundesrat mit Bekanntmachung vom 5. Februar 1895 zugelassenen Ausnahmen vom Verbote der Sonntagsarbeit in Angriff genommen sei. An der Hand der von den Bundesregierungen angestellten Erhebungen und auf Grund kommissarischer Beratungen sei für sämtliche, in der erwähnten Bekanntmachung enthaltenen Gruppen ein vorläufiger Entwurf aufgestellt und den Bundesregierungen mitgeteilt worden. Nach Verarbeitung der hierauf von den Bundesregierungen eingehenden Gutachten werde voraussichtlich im kommenden Winter dem Bundesrat eine Vorlage zur Abänderung der erwähnten Ausnahmebestimmungen zugehen. Soweit es sich übersehen lasse, werde allerdings eine Reihe von Ausnahmen von der Verpflichtung zur Sonntagsruhe nicht mehr aufrechterhalten werden können.

Mit diesen Worten hat der Minister anerkannt, daß die Beschwerden der Sozialdemokraten über die ungenügende Sonntagsruhe berechtigt sind, daß nämlich Sonntagsarbeit oft genug in solchen Fällen vorkommt, in denen die Sonntagsruhe im Interesse der Gesamtheit unbedingt durchgeführt werden müßte. Dieser Mißstand soll endlich beseitigt werden. Der Entwurf dazu ist endlich fertig. Endlich; denn das planmäßig durchgeführte Verbot der Sonntagsarbeit überall dort, wo nicht außergewöhnliche Gründe dagegen sprechen, ist eine der ersten Forderungen des gesetzlichen Arbeiterschutzes. Wurde diese Forderung doch schon vor 38 Jahren nicht nur von der Sozialdemokratie, sondern auch von bürgerlichen Parteien geltend gemacht.

Als im Jahre 1869 im Norddeutschen Reichstage die Gewerbeordnung beraten wurde, hatten die Konservativen beantragt:

„Die Arbeit in gewerblichen Anstalten ist an Sonn- und Festtagen verboten. Für Dringlichkeitsfälle sind Ausnahmen — vorbehaltlich der Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer — nur mit Genehmigung der zuständigen Behörden zulässig. Den Landesgesetzen bleibt es überlassen, für einzelne Arten von Fabriken allgemeinere Ausnahmen festzustellen."

Kürzer und bestimmter freilich lautete der Antrag, den die Sozialdemokraten damals stellten:

„Die regelmäßige Lohnarbeit an Sonn- und Festtagen ist verboten. Ausgenommen hiervon ist die Lohnarbeit bei Verkehrsanstalten, Gastwirtschaften aller Art, öffentlichen Erholungs- und Vergnügungsanstalten und beim Handel mit Lebensmitteln."

Beiden Anträgen gemeinsam aber ist der Grundsatz, daß die Sonntagsarbeit überall dort verboten sein soll, wo nicht außergewöhnliche Gründe dagegen sprechen: ein Grundsatz, der schon damals für jeden, der den Menschen im Arbeiter achtete, wenigstens in der Theorie selbstverständlich war.

In der Praxis aber wollte die herrschende Klasse von dem Grundsatz sich nicht abhalten lassen, möglichst viel Profit aus der Arbeit der Arbeiter zu ziehen. Die bürgerliche Mehrheit des Norddeutschen Reichstages stimmte denn auch die beiden Anträge nieder und übernahm eine preußische Bestimmung vom Jahre 1849 in die Gewerbeordnung. Der Beschluß lautete:

„Zum Arbeiten an Sonn- und Feiertagen ist, vorbehaltlich der anderweitigen Vereinbarungen in Dringlichkeitsfällen, niemand verpflichtet."

Eine echt kapitalistische Heuchelei. Der kapitalistische Staat verneint im Interesse der Gesamtheit die Verpflichtung zur Sonntagsarbeit, der kapitalistische Unternehmer dagegen zwingt im Interesse seines Profits den Arbeitern die Verpflichtung zur Sonntagsarbeit auf.

Die Mißstimmung unter den Arbeitern über die Sonntagsarbeit wurde nun immer größer, so daß sich die herrschende Klasse 9 Jahre später — im Jahre 1878 — einer „Reform" genötigt sah. Der Reichskanzler gab dem betreffenden Paragraphen der Gewerbeordnung diese Fassung:

„Zu Arbeiten an Sonn- und Festtagen können die Gewerbetreibenden die Arbeiter nicht verpflichten. Arbeiten, welche nach der Natur des Gewerbebetriebes einen Aufschub oder eine Unterbrechung nicht gestatten, fallen unter die vorstehende Bestimmung nicht."

Diese Reform „reformierte" aber einzig und allein den Wortlaut der Bestimmung; das tatsächliche Verhältnis blieb ganz unverändert. Die Arbeiter wurden nach wie vor von ihren Unternehmern zur Sonntagsarbeit gezwungen. Der einzige Schutz gegen die Sonntagsarbeit war die Einigkeit der Arbeiter selbst. Als unter dem Ausnahmegesetz die Gewerkschaften wieder ihre Tätigkeit entfalten konnten, führten die Arbeiter den Kampf gegen die Sonntagsarbeit in den Orten und Industriezweigen, in denen sie ihre Gewerkschaft besser und besser ausbauten, mit immer größerem Erfolge. Damit machten sie auch den bürgerlichen Parteien allmählich klar, daß hier die Gesetzgebung schließlich doch ernsthaft eingreifen muß. So wurden bei der Reform der Gewerbeordnung 1890/91 u. a. folgende Bestimmungen angenommen:

„Im Betriebe von Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Brüchen und Gruben, von Hüttenwerken, Fabriken und Werkstätten, von Zimmerplätzen und anderen Bauhöfen, von Werften und Ziegeleien sowie bei Bauten aller Art dürfen Arbeiter an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden. —

Im Handelsgewerbe dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter am 1. Weihnachts-, Ostern- und Pfingsttag überhaupt nicht, im übrigen an Sonn- und Festtagen nicht länger als fünf Stunden beschäftigt werden. Durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes kann diese Beschäftigung für alle oder einzelne Zweige des Handelsgewerbes auf kürzere Zeit eingeschränkt oder ganz untersagt werden."

Die erste der angeführten Bestimmungen hat den Mangel, daß sie sich nicht auf alle Arbeiter erstreckt, die vor der Sonntagsarbeit geschützt werden müssen. Die zweite Bestimmung aber bleibt weit hinter dem notwendigen Schutz der Handelsangestellten zurück. Mit Recht fordert der freie „Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands" eine ununterbrochene Sonntagsruhe von 36 Stunden. Der schlimmste Mißstand inbezug auf die Sonntagsarbeit ist aber der, daß selbst die in der Gewerbeordnung festgelegten Schutzbestimmungen durch eine große Anzahl von Ausnahmen in der Praxis durchbrochen werden.

Wir geben zu, daß in gewissen Fällen Ausnahmen gemacht werden müssen. Namentlich muß die gewerbliche Arbeit an den Sonn- und Festtagen geleistet werden, soweit sie zur Erholung des Publikums unvermeidlich ist. Auch sonst können für gewisse Betriebe außergewöhnliche Gründe zu Sonntagsarbeit nicht immer ausgeschlossen sein. Die gegenwärtigen Ausnahmen aber von dem Verbote der Sonntagsarbeit gehen — das hat ja der Minister in seiner von uns angeführten Rede ausdrücklich anerkannt — über das Maß des Notwendigen hinaus. Und die Behörden haben sich als völlig unfähig erwiesen, die Ausnahmen im Laufe der Zeit soweit einzuschränken, wie es unbedingt notwendig ist. Wiederholt ist es vorgekommen, daß die Behörden Ausnahmen gewährten, weil die Unternehmer erklärten, sie könnten ohne die Ausnahmen absolut nicht auskommen. Die Arbeiter aber hatten erkannt, daß die Ausnahmen nicht nötig seien. Wo die Gewerkschaften genügend stark waren, haben sie in derartigen Fällen das Ruhen der Arbeit an den Sonntagen erzwungen. Und siehe da, es ging auch so! Die Industrie war ohne die Ausnahmen durchaus nicht dem Untergang überliefert".

Aus dieser Tatsache ergibt sich, daß zur Durchführung einer sachgemäßen Sonntagsruhe auf die Mitarbeit der Arbeiter nicht verzichtet werden kann. Ohne die Arbeiter ist eine zweckmäßige Regelung der gemeinsamen Arbeit nicht mehr möglich. So wenig diese Tatsache in die Unterdrückungspolitik unserer Gegner paßt, ist sie doch gerade auf Grund der Erfahrungen mit der Sonntagsarbeit nicht zu bestreiten. Deshalb müssen wir von dem neu ausgearbeiteten Entwurf verlangen, daß im Prinzip allgemein das Verbot der Sonntagsarbeit ausgesprochen wird und Ausnahmen von der Zustimmung auch der Arbeiter abhängig gemacht werden. Beschämend ist es nur, daß wir heute noch für so selbstverständliche Forderungen kämpfen müssen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Die Helden des Wahlrechts.

Das „Hamburger Fremdenblatt", ein „liberales" Organ, hat das Bedürfnis empfunden, einige liberale Abgeordnete um Äußerungen über die Frage der Wahlrechtsbewegung in Preußen zu bitten. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Heckscher, Hospitant der Freisinnigen Vereinigung, hat nun diese günstige Gelegenheit benützt, einen neuen Keil in die freisinnige Unentwegtheit zu treiben und sich gegen Naumann und das „Berliner Tageblatt" zu wenden, also gegen seinen engeren Fraktionsgenossen, gegen ein Organ seiner Partei! Er schreibt unter anderem:

„Die wichtige Frage für uns linksliberale ist jetzt, ob wir die erste unpassende Gelegenheit ergreifen sollen, den Bestand des Blockes aufs Spiel zu setzen. Ich sage mit größter Entschiedenheit: nein! Freilich fordere ich mit Naumann das Reichstagswahlrecht für den Preußischen Landtag. Ich gebe mich aber nicht der Illusion hin, daß wir diese liberale Programmforderung auch bei dem besten Willen und Eifer in der nächsten Zeit verwirklichen können, weder im Block, noch abseits vom Block, am allerwenigsten durch Anwendung des durchaus illiberalen Beamtenerlasses von 1882. Weshalb also eine gesunde politische Entwicklung, wie sie der Block bedeutet, über den Haufen rennen, um bestenfalls ein vorläufig unerreichbares Ziel nicht zu erreichen? Denn gesetzt, selbst der preußische Landtag würde aufgelöst und die preußische Regierung — man denke — erschiene mit dem Schlachtrufe „Für das allgemeine Reichstagswahlrecht!" auf dem Plane: glaubt einer im Ernste, daß die Neuwahl eine Mehrheit für die Regierung bringen würde? Ich für meinen Teil glaube nicht an Wunder. Man könnte gegen uns Linksliberale mit Recht einen Vorwurf erheben, wenn wir, der Blockpolitik zuliebe, unsre politischen Grundsätze verleugneten. Davon kann aber schlechterdings nicht die Rede sein. Eine Politik nach dem Rezept: alles oder nichts wäre geradezu verhängnisvoll. Sie führt zwar zu einer löblichen Prinzipientreue, aber ebenso rettungslos zur Unfruchtbarkeit und zur Erstarrung, aus der der deutsche Liberalismus nach langem Schlafe glücklich eben erwacht ist. Ohne Kompromisse sind praktische Politik und Fortschritte undenkbar, mögen die Sozialdemokraten noch so viel spotten und Verrat schreien.

Der Block darf über der Wahlrechtsfrage nicht in die Brüche gehen, man soll nehmen, was man schließlich bekommt und sich begnügen — das ist die Quintessenz jenes Artikels. Und welch eine ahnungsvolle Seele ihn schrieb, erkennt man daraus, daß Heckscher dem Liberalismus eher eine Extratour mit dem Zentrum gestattet, als mit der Sozialdemokratie. So geht der ganze stolze Turm, den Naumann und seine Freunde aufbauten, allmählich völlig in die Brüche.

Merkwürdig, welche Ähnlichkeit — dem Sinne nach! — die Ausführungen Heckschers mit einem Artikel des — ultrareaktionären „Reichsbote" haben, der an die Vernunft der Freisinnigen folgendermaßen appellierte:

Das Auftreten der Sozialrevolutionäre sollte die (die Freisinnigen) doch zu der Überzeugung führen, daß ein fester Zusammenhalt der staatserhaltenden nationalen Parteien zur Stärkung des Staates eine gebotene Notwendigkeit ist; diese ist aber nicht möglich, wenn die Liberalen an ihren alten überlebten demokratischen Theorien festhalten. Auch die Blockpolitik, die auf dieser Notwendigkeit beruht, muß wieder zerfallen, wenn von liberaler Seite immer wieder diese alten demokratischen Theorien wie ein Sprengstoff in sie hineingetragen werden. Ohne innere Einigkeit kann der Block keine durchschlagende Politik machen. Eine solche Einigkeit aber ist den revolutionären und antinationalen Bestrebungen gegenüber absolut notwendig; sie kann aber nicht auf dem demokratischen, sondern muß auf dem staatsstärkenden Boden hergestellt werden.

Die „alten, überlebten demokratischen Theorien", die Sprengstoff in die Blockpolitik hineintragen könnten, kann man sich eine blutigere Ironie auf die freisinnige Blockpolitik denken! Und es steckt gar wohl ein wahrer Kern in ihr. Entweder wirft der Freisinn die „alte, überlebte Theorie" vom allgemeinen gleichen Wahlrecht über Bord und der Block besteht, oder er erhält sie aufrecht, und der Block wird gesprengt. Die Haltung der „Voss. Ztg.", auch der „Freisinnigen Ztg.", und jetzt diese parlamentarische Stimme — alles läßt darauf schließen, daß man den ersten Weg gehen, den Rat des Blockbruders Reichsboten befolgen, sich den Teufel um die „überlebte Demokratie" scheren wird.

#### Vom Katholikentag in Würzburg.

Am Mittwoch vormittag fand zunächst die Generalversammlung des „Volksvereins für das katholische Deutschland" statt. Der Verein zählt nach dem vom Reichstagsabgeordneten Piper erstatteten Geschäftsbericht gegenwärtig 565 700 Mitglieder. Seiner Tätigkeit sang der Generalsekretär ein großes Loblied. Die Flugschriftenverbreitung sei mustergültig. Zahlreiche soziale Kurse und Konferenzen seien abgehalten worden, in denen aktuelle Themata aus den verschiedenen sozialen Gebieten behandelt worden sind. Für die katholischen Studenten seien soziale Studentenkurse abgehalten worden. Im Vorjahre seien 25 000 Volksversammlungen abgehalten worden. Junge Geistliche, die sich der Arbeit des Volksvereins widmen wollen, erhielten Stipendien zum Studium der Nationalökonomie. Der Verein habe 38 Volksbureaus

und 44 Arbeitersekretariate gegründet. Nach einer Reihe weiterer Ansprachen wurde der Vorstand neu gewählt. In der dann folgenden 3. geschlossenen Hauptversammlung wurde über folgende Anträge verhandelt und beschlossen. Zunächst wurde einer angenommen, der sich mit der Fürsorge für die katholischen Rekruten befaßt, natürlich vor allem der religiösen Fürsorge. Ein weiterer einstimmig angenommener Antrag betrifft die Ab- und Zuwanderung von Arbeitern und ist darauf gerichtet, sie unter der Fuchtel der „Mutter Kirche“ zu erhalten. So sollen u. a. die zur Großstadt Abwandernden über die kirchlichen Verhältnisse derselben belehrt werden und die Adressen der Zuwandernden sollen der „Seelsorgestelle“ der Stadt mitgeteilt werden, damit sie den Pfaffen nicht aus den Fingern kommen. In der dritten öffentlichen Versammlung sprach Geistlicher Rat Dr. Wacker-Zähringen, der badische Zentrumsführer, über „Katholizismus und Nationalität.“ Ihm geht die Kirche selbstverständlich über die Nationalität und er meinte, die Kirche bewahre die Menschheit am sichersten vor den „Ausschreitungen“ der Nationalität. Eine dieser „Ausschreitungen“ sieht er im Weltbürgertum, das mit Recht als vaterlandslos bezeichnet werden könne, die andere sei die Überspannung der Nationalität. Im Christentum, vor allem in der katholischen Kirche, repräsentiere sich das wahre Nationalitätsprinzip. Besonders die deutsche Nation habe außerordentlich viel der katholischen Kirche zu danken. Die Katholiken seien vollwertige Glieder der Nation und wollen als solche gelten. Dann sprach Professor Schorrer-Freiburg über „Christliche Charitas“ und der Reichstagsabgeordnete Gröber über „Katholizismus und wirtschaftliches Leben“. Ihm sind — so sagte er wenigstens seinen gläubigen Zuhörern — alle menschlichen Güter nur Mittel zur ewigen Seligkeit. Aber die irdischen Güter seien doch nicht ohne Bedeutung. (Das weiß die Kirche sehr genau. Red.) Man solle die irdischen Güter nicht überschätzen und sie benutzen, um Gutes zu tun. Die Kirche verbiete nicht den Reichtum, sie weise aber auf dessen sittliche Gefahren hin. Eine „gerechte Wirtschaftsordnung“ könne nur auf dem Boden der Gerechtigkeit und Liebe erwachsen. Dann pries er die „Solidarität der Interessen zwischen Arbeitern und Unternehmern“ und riet ihnen, sich zu verständigen, für welchen Zweck ihm Tarifverträge als ein geeignetes Mittel erscheinen. Auch die Arbeitskammern könnten dem Ausgleich der Interessen dienen. Staat und Kirche müßten zusammenarbeiten, um eine „gute Wirtschaftsordnung“ zu schaffen und den Mittelstand zu kräftigen sowie den Arbeiterstand zu heben. Die Frage sei nicht so zu stellen: Soll man Reichtümer erstreben? sondern: Wie erlangt man sittliche Kraft um Gefahren zu vermeiden? Die armen Teufel unter den Katholiken wissen nun, was das Wichtigste ist; Sie müssen sich die „sittliche Kraft“ aneignen, den Hunger zu ertragen, aber sie dürfen die Reichen nicht um ihren Reichtum beneiden oder ihnen die Reichtumsschöpfung auf Grund der Ausbeutung ihrer Mitchristen beschränken wollen, denn „Mutter Kirche“ verbietet den Reichtum nicht. Zur Zeit des Stifters des Christentums las man's freilich anders.

### Ein Bruderstreit!

Zwischen der „Freisinnigen Zeitung“ und dem „Berl. Tagebl.“ ist seit einiger Zeit das Kriegsbeil ausgegraben, und keins der beiden Organe läßt sich irgendeine Gelegenheit entgehen, den Freund und Bruder am Schopfe zu packen. Das hat mit ihrem Singen die Wahlrechtsbewegung getan! Vor einigen Tagen warf die „Freisinnige Zeitung“ dem „Berliner Tageblatt“ vor, es habe mit seinem Stürmen und Drängen die Frankfurter Beschlüsse des Liberalismus verletzt, worauf das Tageblatt antwortete:

> Da die „Freisinnige Zeitung“ so ziemlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheint, halten wir es für überflüssig, auf diese Verdächtigungsversuche ausführlicher zu antworten. Was die kleinen, aber höchst anmaßenden Politiker der Freisinnigen Zeitung denken und schreiben, ist uns vollkommen gleichgültig.

Hier macht wahrlich der Ton die Musik! Nun rafft sich wieder die „Freisinnige Zeitung“ zu einem Schlage auf. Das „Tageblatt“ hatte nämlich auf eine Anzapfung der „liberalen“ „Magdeburger Zeitung“, daß es bei der Wahlrechtsfrage von Naumann inspiriert sei, folgendes geantwortet:

> „Wir haben seine (Naumanns) Wahlrechtsartikel, die er uns zur Verfügung gestellt hat, mit Vergnügen publiziert, genau, wie wir gern jeden anderen Politiker der verschiedenen liberalen Parteien bei uns zu Worte kommen lassen. Aber wir sind weder das Organ des einen, noch das Organ des andern, und vertreten nicht die Interessen einer parlamentarischen Gruppe, sondern die Ideen des Liberalismus.“

Erbost sagt nun dazu die „Freis. Ztg.“:

> „Aus den letzten Worten muß man folgern, daß das „Berl. Tagebl.“ eine liberale parlamentarische Gruppe kennt, die nicht die Ideen des Liberalismus, sondern ihre eigenen Interessen verfolgt. [illegible] verhalten, daß die Fraktion der Freisinnigen Volkspartei niemals spezifischen Interessen dient, sondern ganz und gar lediglich für die Ideen des Liberalismus kämpft.“

Dieckmann-Müller hat es allerdings nötig, besonders hervorzuheben, daß die Fraktion der Freisinnigen Volkspartei niemals spezifischen Interessen dient. Die Meldung, daß sie „ganz und gar lediglich für die Ideen des Liberalismus kämpft“, ist lediglich geeignet, in den Gesichtern der [illegible] eine Heiterkeit hervorzurufen.

### Geschütze, die sich selbst beschießen.

In der Seeschlacht bei der Insel Tsuschima haben es bekanntlich die Russen fertig gebracht, ihre eigenen Schiffe unter Feuer zu nehmen. Was aber dieser Tage unserer herrlichen Kriegsmarine passiert ist, stellt jenes Mißgeschick unserer russischen Freunde noch tief in Schatten und beweist dazu, daß auch die Mordwerkzeuge des Menschen ihre eigene tückische Dialektik besitzen, die mit dem Willen ihrer Herren und Meister zuweilen arg kollidiert. In der Kieler Außenförde hatte am Donnerstag „S. M. S.“ Pommern, das soeben in Dienst gestellte Linienschiff allerneuesten Typs, „Anschießen“. Hierbei sollten u. a. die vierzehn 17 Zentimeter-Kasamattengeschütze, von denen sieben auf jeder Seite des Panzerkolosses plaziert sind, zum ersten Male abgefeuert werden. Gleich zu Beginn der großen Knallerei ereignete sich nun der verblüffende Fall, daß nicht nur geschossen, sondern auch etwas getroffen wurde. Als nämlich das zweite Geschütz auf der Steuerbordseite losgefeuert wurde, riß die Granate vom benachbarten ersten Geschütz ein 380 Millimeter langes Stück vom Rohre glatt weg. Die Geschütze sind bekanntlich drehbar und man hatte offenbar gänzlich vergessen, sich zu vergewissern, ob die Bahn des zweiten Geschützes frei war. Weiteres Unheil ist ja nicht passiert, aber die Geschichte hat doch einen sehr unangenehmen Beigeschmack auch für das unbeteiligte deutsche Publikum, denn diese komplizierten Mordwerkzeuge sind verdammt kostspielig. Auf eine runde fünfstellige Ziffer wird die Reparatur des Schadens wohl zu stehen kommen und die gepfefferten Glossen unserer Vettern jenseits des Kanals bekommen unsere Wasserpatrioten noch gratis mit in den Kauf.

### Die internationale Zuckerkonvention.

Die Zusatzakte zur Zuckerkonvention ist am Mittwoch in Brüssel unterzeichnet worden. Auf Grund ihrer Bestimmungen wird eine internationale Union auf die Dauer von 5 Jahren vom 1. September 1908 ab gebildet werden. England wird von diesem Zeitpunkt ab von der Verpflichtung befreit sein, die Einführung von Prämienzucker mit Strafe zu belegen.

## Frankreich.

**Ein unzuverlässiges Regiment.** In der Garnison Die ereignete sich ein neuer Aufruhr beim 17. Infanterieregiment, von welchem bekanntlich schon ein Teil wegen Meuterei nach Algier gesandt worden ist. Das Regiment manövrierte, als eine Anzahl Reservisten, welche sich über ihren Hauptmann zu beklagen hatten, weil er nicht genügend für ihre Einquartierung gesorgt habe, plötzlich meuterten und revolutionäre Lieder sangen. Die Bewegung nahm sofort eine große Ausdehnung an, ein Hauptmann, welcher intervenieren wollte, wurde von den Soldaten tätlich angegriffen. Eine strenge Untersuchung ist eingeleitet. Offiziös wird folgendermaßen zu beschwichtigen gesucht: Oppositionelle Blätter wissen von einer Meuterei unter den Reservisten des 17. Infanterieregiments zu melden. Der Kriegsminister erklärt dazu, daß es sich lediglich um einen vereinzelten Fall von Ungehorsam handle.

## Rußland.

**Das Martyrium der russischen Presse.** Aus Petersburg wird geschrieben: Die Preßverfolgungen, die nach der Auflösung der zweiten Duma ausbrachen, haben die russische Presse in die „vorkonstitutionelle“ Periode zurückversetzt, wo die Äsopssprache die einzige Waffe in den Händen der progressiven Preßorgane war. Jetzt sind die progressiven Journalisten wiederum gezwungen, zu Allegorien und weitläufigen Umschreibungen zu greifen, doch dies bewahrt sie trotzdem nicht vom Argusauge der Administration und des Gerichtes. Im Laufe des zweiten Monats nach Auflösung der Duma sind 34 Redakteure oppositioneller Preßorgane zur Verantwortung gezogen und 35 oppositionelle Blätter sistiert worden. Nicht minder energisch ging die Administration in der Verhängung von Geldstrafen vor. Die Neigung der Oppositionsblätter, „feindliche Stimmung gegen die Regierung zu erzeugen“, sowie ihre Hartnäckigkeit in der „Verbreitung falscher Gerüchte“ erwies sich als so staatsgefährlich, daß 64 Redakteure oppositioneller Blätter im Juli allein mit Strafen in der Höhe von 34 000 Rubel belegt werden mußten. Wenn die Residenzblätter unter diesen Umständen in ihrer Tätigkeit aufs äußerste gehemmt werden, so sind die Provinzblätter, der Willkür der örtlichen Satrapen vollkommen ausgeliefert, gezwungen, ihren Lesern alles andere als gesunde geistige Kost vorzusetzen. Höchst charakteristisch ist die Antwort, die die Redaktion eines Provinzblattes „allen Lesern, welche sich über das Fehlen von Leitartikeln beklagen“, erteilt: „In der Redaktionsmappe ruhen einige großartige Leitartikel: „Über den Sonnenaufgang und -Untergang“, „Über Spargelkultur“ usw., doch die Redaktion kann sich nicht entschließen, von diesem „reichhaltigen“ Material Gebrauch zu machen, und zieht es deshalb vor, an erster Stelle „Letzte Depeschen“ abzudrucken. Kommentare zu diesem Galgenhumor sind wohl überflüssig? Ist es unter geschilderten Umständen erstaunlich, wenn die Redakteure offen und insgeheim die „vorkonstitutionelle“ Prohibitivzensur herbeisehnen, die ihnen immerhin einen gewissen Spielraum gewährte? Bloß die schwarze Presse verfügt gegenwärtig über unbeschränkte Freiheit. Je stärker die Repressalien gegen die unabhängige, nicht „schwarze“ Presse, desto ungezügelter das Geheul der Soldschreiber der Schwarzen Hunderte, desto stürmischer ihre Forderung, die „Mordtaten predigende Judenpresse“ zu „zügeln“. In einer der letzten Nummern der „Rußkoje Snamja“ — des Zentralorgans der schwarzen Hunderte — wird eine „echtrussische“ Preßgesetzvorlage veröffentlicht, die dem Ideale der gegenwärtigen Staatsstützen grell Ausdruck verleiht. Die Grundgedanken dieses „Projektes“ gipfeln in folgendem: 1. Nur Personen griechisch-katholischer Konfession „besitzen das volle Recht“, in russischer Sprache zu schreiben und Zeitungen herauszugeben. 2. „Die Autoren von Werken, welche Mordtaten propagieren, müssen im Laufe eines Jahres wöchentlich einmal körperlich gezüchtigt werden. Nach Abbüßung eines Jahres können sie in Freiheit gesetzt werden, mit der Warnung, daß sie im Wiederholungsfalle einer zweijährigen mit Körperstrafen verbundenen Buße unterliegen.“ Das sind die gesetzgeberischen Ideale eines Organs, das selbst in einem fort Mord und Raub predigt. Die Ausgeburt einer krankhaften Phantasie, zeugt dieser Unsinn noch ein übriges Mal von der asiatischen Roheit der Echtrussen und wäre eigentlich der Erwähnung nicht wert, wenn nicht zu befürchten wäre, daß der „Verband des russischen Volkes“ nach dieser „Direktive“ seines Zentralorgans seinen Feldzug gegen die Presse und ihre Vertreter noch verstärken würde. Welchen Charakter dieser Feldzug annehmen kann, ist z. B. aus einer Nachricht aus Elisawetgrad ersichtlich, wo dem Redakteur des örtlichen Blattes, Kowalenko, von der „Kamorra des Verbandes des russischen Volkes“ „aus Anlaß seiner revolutionären Agitation in Judenzeitungen“ das Todesurteil zugestellt wurde .... Gerichtliche Verfolgungen, administrative „Strafen“ und der Terror der „Schwarzhunderter“ —, das sind die Bedingungen, unter denen sich die „konstitutionelle“ Preßfreiheit in Rußland entwickelt.

**Hingerichtet** wurde der Revolutionär, der den Chef des Zellengefängnisses in Petersburg ermordet hatte. Der Name des von den Zarenschergen Gemordeten ist nicht bekannt geworden.

**Die Henkersknechte an der Arbeit.** Im Petersburger Verschwörerprozesse führte der Verteidiger des Hauptangeklagten Nikitenko, Rechtsanwalt Andronikow, aus, der wirkliche Sachverhalt sei der, daß nicht die Angeklagten den Leibkosak Ratimow zum Zarenmorde zu verleiten suchten, sondern daß dieser sie zu unvorsichtigen Gesprächen und Äußerungen zu bewegen trachtete. Der andere Verteidiger Nikitenkos, Nikonow, erklärte, so weit die Freunde und Feinde der alten politischen Staatsordnung auch sonst auseinandergehen mögen, so müsse es doch einen Berührungspunkt zwischen ihnen geben und zwar sei ein solcher der Wunsch, daß es in Rußland eine geordnete Rechtspflege gebe. Die Anklageschrift in diesem Prozesse widerstreite aber allen Grundsätzen normaler Rechtsprechung, denn es gebe im vorliegenden Falle schlechtweg keinen Tatbestand eines Verbrechens. Nikonow wurde vom Vorsitzenden wiederholt zur Ordnung gerufen, so daß es den Anschein hat, daß der Vorsitzende diesen Wunsch nicht teilt. Rechtsanwalt Sokolow, der den Angeklagten Purkin, alias Sinjawski, verteidigt, betonte, daß nach der Erklärung Purkins im Gespräche mit Ratimow: „Den Zaren lassen wir vorläufig aus dem Spiel“, keine Rede von einer Vorbereitung zum Zarenmorde sein könne. Rechtsanwalt Murawiew schilderte sehr anschaulich die traurige Rolle, die der Angeklagte Naumow in der Angelegenheit spielt. Er habe von den Revolutionären Geld genommen, ohne sich Rechenschaft darüber zu geben, was er tat. Sein Plan, in die Hofsängerkapelle einzutreten, sei für diesen geistig minderwertigen Menschen äußerst bezeichnend. Er hätte auf diese Weise im günstigsten Falle erst nach zwei Jahren in die Nähe des Zaren kommen können, während er ihn in Petershof fast jeden Tag aus nächster Nähe sah. Er habe nie einer politischen Partei angehört. Die Stimmung im Gerichtssaal ist gedrückt. Die Richter scheinen der Beweisführung der Verteidiger wenig zugänglich zu sein. Es wird angenommen, daß mindestens vier Todesurteile erfolgen werden. — Gestern nachmittag verkündete das Militärgericht das Urteil in dem Verschwörerprozeß. Nikitenko, Sinjawski, Elias Purkin und Naumow wurden für schuldig erkannt, ein Attentat auf das Leben des Kaisers vorbereitet zu haben und zum Tode durch den Strang verurteilt. Von den vier Angeklagten, die der Bildung einer Organisation zwecks Sturzes der bestehenden Regierungsform für schuldig erkannt wurden, sind 3 zu je acht Jahren Zwangsarbeit und einer zu vier Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. 5 weitere Angeklagte sind wegen Unterstützung der Verschwörung zur Ausweisung verurteilt worden unter gleichzeitigem Verluste aller Standesvorrechte, 6 Angeklagte wurden freigesprochen, darunter auch Rechtsanwalt Feodoßjew, sowie dessen Frau. — Dieses Urteil wird in den Kreisen aller vernünftig denkenden Menschen als ein Bluturteil in des Wortes vollster Bedeutung betrachtet werden müssen.

## Amerika.

**Die Japaner in Kanada.** Seitdem ihnen die Vereinigten Staaten verschlossen sind, kommen die japanischen Arbeiter in Massen nach Kanada. Der Zuzug ist seit einigen Monaten so stark geworden, daß er unter der kanadischen Arbeiterbevölkerung große Beunruhigung hervorgerufen hat. Es soll versucht werden, die Regierung in Tokio zu veranlassen, daß sie freiwillig die Auswanderung nach Kanada beschränke, wie es 1899 geschah, als Japan das Zugeständnis machte, nicht mehr wie 500 bis 600 Arbeiter pro Jahr nach Kanada auswandern zu lassen. Von der Legislatur aus ist schon öfter ein Verbot der japanischen Einwanderung beschlossen worden, aber die Regierung legt immer ihr Veto ein, um die guten Beziehungen zwischen den Ländern nicht zu stören.

## Marokko.

**Die Anarchie.** In Marokko liegen die Dinge gegenwärtig so, daß niemand weiß, wer Herr im Lande ist. Die Nachricht von der Ermordung des „rechtmäßigen“ Sultans Abdul Aziz hat sich nicht bestätigt. Er scheint aber in Fez in einer sehr bedrängten Lage zu sein. Die „Agence Havas“ meldet nämlich aus Tanger: Bei dem Kriegsminister El Gebbas sind abends Reiter vom Sultan aus Fez eingetroffen, welche berichten, daß die Lage in der Hauptstadt sehr ernst sei. Der Sultan befiehlt El Gebbas, ihm schleunigst verfügbare Truppen zu senden, und zwar 800 Mann einschließlich bestimmter Teile der Mahalla El Meranis, von dessen Niederlage der Sultan nichts weiß. El Merani ist schwer verwundet ohne Soldaten in Elksar eingetroffen. Der einflußreiche Stamm der Rehamna weigert sich, den neuen Sultan anzuerkennen. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus Mazagan vom 26. August erhielt der Pascha von Mazagan, Sihassan, am 25. August einen Brief von Abdul Aziz, in dem dieser dem Pascha und dem Zollverwalter den Befehl gab, eine Anzahl Gewehre und Munition nach Tanger zu schikken. Der Pascha gab im letzten Augenblick Gegenbefehle, da er gerade die offizielle Mitteilung von der Proklamation Muley Hafids erhalten hatte. Dies läuft praktisch auf die Anerkennung des neuen Sultans und Unterwerfung unter seine Autorität hinaus.

Auch sonst stehen die Dinge bedenklich. Die „Frkf. Ztg.“ meldet aus Tanger: Die Verhandlungen mit Raisuli, dem sämtliche Stämme aus der Umgegend von Alkasar beistehen, zerschlugen sich. Die zweite Mahalla unter Bagdadi wurde von Raisuli besiegt. Nach Nachrichten aus Fez wurde der dort bisher gefangen gehaltene Bruder des Sultans, Muley

Mohammed, zum Sultan ausgerufen. Heftige Kämpfe tobten zwischen den Parteien; die Stadt stehe in Brand.

Weiter wird gemeldet: Die Machtsphäre des Gegensultans Muley Hafid dehnt sich, obwohl er Marrakesch noch nicht verlassen hat, stetig aus. Seine Ausrufung zum Sultan ist auch in Mazagan und in Asimur von der Beamtenschaft anerkannt worden. Wie in Mazagan hat Muley Hafid auch die aktiven Behörden in Tanger durch Briefe in ihren Ämtern vorläufig bestätigt. Gleichzeitig hat er den Stämmen die Angriffe auf die Franzosen bis auf weiteres untersagt. In einem weiteren offenen Brief bezeichnet Muley Hafid die Regierung Abdul Aziz' als verderbenbringend für Marokko, da er es nicht verstanden habe, die Franzosen auf eine vorübergehende Besetzung Uschdas zu beschränken. Dem Auslande werde für die erlittene Unbill der Ermordung Dr. Mauchamps Genugtuung werden, aber die Fremden dürften sich auch ihrerseits keine Übergriffe erlauben. Er hoffe auf baldige Wiederherstellung geordneter Beziehungen zu den Mächten. Diese Briefe haben auch in Tanger einen vertrauenerweckenden Eindruck auf allen Seiten gemacht. Man erwartet, daß die Stadt bald nach seiner Ausrufung zu Hafid abfallen wird.

# Aus Lübeck und Nachbargebieten.

**Freitag**, den 30. August.

**Auf zur Lassallefeier.** Auf morgigen Sonnabend abend hat der hiesige Sozialdemokratische Verein eine Lassallefeier im „Vereinshaus" arrangiert. Die Gedächtnisrede hält Genosse Dr. Schlomer. Außerdem werden Gesangsvorträge mit Aufführungen der Arbeiter-Turner und des Arbeiter-Radfahrer-Vereins abwechseln. Wir zweifeln nicht, daß die Genossen und Genossinnen Lübecks das Andenken unseres Ferdinand Lassalle durch ein zahlreiches Erscheinen in würdevoller Weise ehren werden.

**Auf der Suche nach Streikbrechern.** Bekanntlich befinden sich die Hamburger Elektrotechniker und Installateure im Ausstand. In ihrer Not wollen die Arbeitgeber, anstatt die berechtigten Forderungen zu bewilligen, Arbeitswillige nach Hamburg locken; zu diesem Zwecke veröffentlichen sie im Lübecker „Generalanzeiger" folgendes Inserat:

Tüchtige Mechaniker,
die auch als Elektrotechniker gearbeitet haben und dem Metallarbeiter-Verbande nicht angehören, werden sofort für dauerde Stellung gesucht. Verheiratete bevorzugt.
Angeb. unt. H W 5545 an Rudolf Mosse, Hamburg.

Ein Schuft ist derjenige, der seinen im Kampfe befindlichen Arbeitsbrüdern in den Rücken fällt; ebenso handelt jeder Arbeiter gegen sein eigenes Interesse, wenn er Blätter durch Abonnement unterstützt, in denen Streikbrechergesuche an der Tagesordnung sind.

**Der russische Generalkonsul Fedotschenko**, der in dem „stinkigen Krähennest" Lübeck nicht leben konnte, schickt an den „Hamb. Gen.-Anz." folgendes Schreiben: „Wie ich soeben erfahre, hat Ihre Zeitung vor einigen Wochen über meine Enthebung vom Posten eines Kaiserlich Russischen Konsuls in Lübeck berichtet. Der betr. Artikel ist nichts anderes als eine ganz unverschämte Lüge. 1. Ich bin von Bremen nach Lübeck nicht wegen Mißhelligkeiten mit dem Bremer Senat versetzt worden, sondern am 1. September vor. Jahres ist der Posten eines Kaiserlich Russischen Konsuls in Bremen gänzlich aufgehoben worden. 2. Bereits seit dem Tage meiner Ernennung nach Lübeck habe ich das Auswärtige Amt in St. Petersburg um Versetzung ersucht und mir selbst als äußersten Termin meines Aufenthaltes in dieser Stadt den 1. Oktober d. J. gesetzt. Da inzwischen meine Versetzung nicht stattgefunden hat, mußte ich, krankheitshalber, bereits im Mai-Monat um meine Enthebung vom Amte nachsuchen und eine längere Erholungsreise antreten. 3. Meine Beziehungen zum Senate von Lübeck sind keine guten gewesen, da von Anfang an einige von den Senatoren sich mir gegenüber als unhöflich erwiesen haben. Des weiteren beklagt sich der Konsul in seiner Richtigstellung darüber, daß seine offiziellen Visiten seitens zweier Mitglieder des Senats erst nach einem Monat beantwortet worden seien. Zwei Senatoren, die er in seinem Schreiben ebenfalls namhaft macht, hätten sich im persönlichen Verkehr „als ganz besonders taktlos und grob" erwiesen, worüber er seiner Regierung berichtet habe. Das Schreiben schließt: „Was Ihre Zeitung darüber schreibt, daß „die maßgebenden Stellen mir nahe gelegt hätten", von meinem Posten zu scheiden — ist eine plumpe Erfindung, welche nur ganz bornierte Philister glauben können. Während meines 3monatlichen Aufenthaltes in Lübeck hat mir der Lübecker Senat aus verschiedenen Veranlassungen fünf (5) mal schriftlich seine Entschuldigungen ausgesprochen. Ich füge hinzu, daß der Posten eines Kaiserlich Russischen Konsuls in Lübeck bis jetzt unbesetzt bleibt. Die Schlüsse werden Sie selbst ziehen können." — Wenn man bedenkt, daß Fedotschenko ein russischer Würdenträger war, so ist u. E. sein ganzes Verhalten genügend erklärt. Wie konnte sich so ein Mann auch in einer Stadt, die wenigstens ihrer Verfassung nach Republik ist, wohl fühlen?

**Internationaler Scharfmacherverband der Reeder.** Auf Veranlassung englischer Reeder soll im Oktober d. J. eine vertrauliche Aussprache zwecks Gründung einer internationalen Vereinigung zur Bekämpfung von Seemanns- und Hafenarbeiterstreiks stattfinden. In der Hauptsache wird es sich um die Organisation des Streikbrechertransports nach Streikhäfen handeln. An der Besprechung sollen Reeder aus allen größeren Hafenorten teilnehmen.

**Ein „nationalgesinnter" Rowdy.** Zwei Lübecker Radfahrer hatten am Dienstag abend in Timmendorf einen Arbeiterradfahrerverein gegründet und wollten nachher nach Hause fahren. Unterwegs kehrten sie im Krug zum grünen Kranze in Pansdorf ein, um sich dort an einem Glase Bier zu erfrischen. Unsere beiden Leute trugen selbstverständlich das Abzeichen des Arbeiterradfahrervereins. In der Gaststube waren noch verschiedene andere Gäste anwesend. Besonders dem einen derselben paßte es nun wohl nicht, Radfahrer vor sich zu sehen, die er nach ihren Abzeichen für Sozialdemokraten halten konnte. Er gedachte die Radfahrer zu provozieren und brachte deshalb ohne irgend welchen vernünftigen Anlaß ein Hoch auf den Kaiser aus. Unsere Freunde taten natürlich nicht desgleichen. Darauf schimpfte der „Nationale" auf die Radfahrer und bezeichnete sie als Lumpen. Schließlich hielt der „nationale Biedermann" es für angebracht, einem der Radfahrer, der sich derartige Beleidigungen verboten, einen Schlag ins Gesicht zu versetzen. Es wäre nicht mehr wie recht und billig gewesen, wenn der Schläger die entsprechende Antwort erhalten hätte, aber die Radfahrer dachten, wer Pech angreift, besudelt sich und wollten die Sache auf andere Art zum Austrag bringen. Vor der Wirtschaft schlug der „Nationale" noch einmal den einen Radfahrer ins Gesicht; als er dann meinte Blut zu sehen, entfernte er sich schnell. Der Name des Mannes wurde jedoch festgestellt und Anzeige erstattet. Hoffentlich wird der Rowdy gebührend bestraft.

**Arbeiterrisiko.** Von der Bauarbeiterschutzkommission wird uns mitgeteilt: Am Mittwoch vormittag 10½ Uhr stürzte der Maurer Suhr, der beim Bau von Steder, Hafenstraße 22 b beschäftigt war, beim Überhandmauern aus der ersten Etage und zog sich dabei anscheinend schwere innere Verletzungen zu.

**Neue deutsche Postkarten** kommen in diesem Herbste zur Ausgabe. Veranlassung zu der Neuausgabe sind die Beschlüsse des Weltpostkongresses in Rom vom vorigen Jahre, die am 1. Oktober zur Ausführung kommen. Der Kongreß hat u. a. beschlossen, daß der Absender in Zukunft über den linken Teil der Vorderseite der Postkarte verfügt. Diese Bestimmung erstreckt sich auf alle Postkarten, nicht bloß auf Ansichtskarten. Ihr werden die amtlichen Formulare für den inneren deutschen Verkehr angepaßt. Es handelt sich demnach um insgesamt 6 „Ganzsachen", Postkarten zu 2 Pf. für den württembergischen Orts- und Nachbarortsverkehr, solche zu 5 Pf. für den übrigen inneren Verkehr der Reichspost und Württembergs und Karten zu 10 Pf. für den Weltverkehr nebst den entsprechenden Karten mit Antwort. Der Karton, die Marke und der Vordruck Postkarte bleibt derselbe wie bisher. Dagegen fallen bei den inländischen Karten die Worte „An", „in" sowie „Wohnung (Straße und Hausnummer)" weg. Die punktierten Linien für die Aufschrift gehen auf allen Karten links nur über zwei Drittel der Karte, so daß der verbleibende linke Teil, abgesehen von dem Wort Postkarte, für den Absender frei bleibt. Er kann außer zu schriftlichen Mitteilungen auch zum Aufdruck von Reklamen usw. benutzt werden. Bei den inländischen Karten mit Antwort fällt auch die Bemerkung. „Die angebogene Karte ist für die Antwort bestimmt" weg. Es heißt lediglich „Postkarte mit Antwort" und auf der angebogenen Karte „Postkarte Antwort". Ebenso tragen die einfachen deutschen Weltpostkarten in Zukunft nur noch die Aufschrift „Postkarte". Die neuen Karten kommen nicht vor dem 1. Oktober zur Ausgabe, aber auch dann erst, wenn die alten Vorräte der betreffenden Sorte möglichst aufgebraucht sind. Die Reichsdruckerei ist jetzt mit der Herstellung der Stöcke beschäftigt, so daß der Druck demnächst beginnen kann.

**Der Kranken- und Sterbekasse der Schlachtergesellen** in Lübeck (eingeschriebene Hilfskasse Nr. 14), welche einen dritten Nachtrag zu ihrem Kassenstatut zu erlassen beschlossen hat, ist vom Senate nach § 75 a des Krankenversicherungsgesetzes vom 10. April 1892 die Bescheinigung erteilt worden, daß sie vorbehältlich der Höhe des Krankengeldes, auch nach Erlaß dieses Nachtrages den Anforderungen des Gesetzes genügt.

**Straßensperre.** Wegen vorzunehmender Straßenbauarbeiten wird die Strecke der oberen Engelsgrube, von der Breitestraße bis zur Schwöneckenquerstraße vom 2. Septbr. d. Js. ab auf die Dauer von zirka 6—8 Wochen für den Fuhrwerksverkehr gesperrt sein.

pb. **Festgenommen** wurde ein Hafenarbeiter aus der Lützowstraße, der seit längerer Zeit Diebstähle von am hiesigen Hafen lagernden Gütern, die für das Ausland bestimmt waren, ausgeführt hatte. In seiner Wohnung wurden Kleiderstoffe, Tücher, Gummirock, Schlipse, Gardinen, Schuhe und Stiefel 2c. gefunden und beschlagnahmt. Bei einem zweiten Hafenarbeiter wurde Strumpfwolle, Seide 2c. gefunden. — Festgenommen wurden ferner ein Arbeiter aus Elbing, der von seiten der Amtsanwaltschaft Grevenbroisch zwecks Verbüßung einer achttägigen Haftstrafe gesucht wurde, und ein Tischlergeselle aus Eisleben, der sich des Diebstahls von Handwerkszeug zum Nachteil eines hiesigen Zimmermanns hatte zu schulden kommen lassen.

pb. **Diebstahl.** Aus einer Mädchenkammer in der Mengstraße wurden gestern eine silberne Remontoiruhr mit Goldrand nebst goldener Kette, ein Fingerring (Gold-Doublee mit blauem Stein), eine goldplattierte Halskette und zwei Portemonnaies mit zusammen 3,90 Mark Inhalt gestohlen.

**Der Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde** will am Sonntag, 1. September, nachmittags 2¼ Uhr, von der Endstation der Straßenbahn Roeckstraße über Wesloe durch das Lauergehölz nach seinem Spielplatze in Karlshof wandern. Dort sollen Wettspiele aller Art für jung und alt stattfinden. Hoffentlich ist das Wetter gut, damit eine rege Beteiligung stattfinden kann.

**Die internationale Ringkampfkonkurrenz** im Hansatheater neigt sich ihrem Ende zu. Am Sonnabend fällt die Entscheidung. Gestern abend besiegte zunächst der gewandte Dalmatier Raicewich den ihn an Kraft überragenden Franzosen Boucher. Michael Hitzler legte in 7 Minuten den bisher noch unbesiegten Türken Memedoff mit beiden Schultern auf den Teppich. Beide Kämpfe wurden in vornehmer Weise geführt. Das wurde anders bei dem Ringen zwischen dem Steiermärker Reiber und dem Belgier Sabatier. Letzterer wandte vielfach verbotene Griffe an, wodurch denn auch schließlich nach langem Kampfe der Riese aus Steiermark zu Boden gebracht wurde. Stürmische Entrüstung im Publikum war die Folge.

**Stadthallen-Theater.** Aus der Theaterkanzlei schreibt man uns: Wie bereits angekündigt, findet morgen wiederum eine volkstümliche Vorstellung mit vollem Orchester zum Einheitspreise von 50 Pf. statt, bei welcher „Preciosa" mit der herrlichen Musik von Carl Maria von Weber zur Aufführung gelangt. Sonntag geht zuerst die Operette „Die Fledermaus" in Szene. Der Operette folgt das Schauspiel „Trilby". Diese Doppel-Vorstellung beginnt bereits um 7 Uhr.

**Wilhelmtheater.** Man schreibt uns: „Klein Dorrit", das entzückende Lustspiel, gelangt bestimmt am Sonnabend zur letzten Aufführung. Die Sonntags-Vorstellung wird mit Benedix „Die Dienstboten" eingeleitet, dann folgt der urkomische, stets gern gesehene Schwank „Der Raub der Sabinerinnen". Der beliebte Komiker Hermann Norden ist in beiden Stücken mit den Hauptrollen betraut. Am Montag wird Maxim Gorkis „Nachtasyl" zum letzten Mal gegeben.

**Hansatheater.** Der Vorverkauf für die Eröffnungsvorstellung des Kölner Possen-Theaters „Es lebe der Reservemann", die bekanntlich am Sonntag, den 1. September, abends 8 Uhr, im Hansa-Theater stattfindet, hat bereits begonnen und dürfte es sich mit Rücksicht auf die sehr regen Vorbestellungen empfehlen, sich rechtzeitig mit Billets zu versehen.

e. **Stockelsdorf.** Am Dienstag abend fand bei L. Paetau-Fackenburg die Monatsversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Stockelsdorf und Umgegend statt. Anwesend waren nur 20 Mitglieder; es ist beschämend dies sagen zu müssen. Aufgenommen wurden 16 Mitglieder, 4 Übertritte waren zu verzeichnen, abgereist sind 2 Mitglieder, mithin eine Zunahme von 18 Mitglieder zu konstatieren. Vom Vorsitzenden wurde der Bericht von der Generalversammlung des Zentral-Vereins fürs Fürstentum Lübeck vom 28. Juli 1907 in Seeretz gegeben, worauf eine kurze Diskussion erfolgte. Ferner fand ein Bericht statt über die diesjährige Steuereinschätzung. Von den 931 in die Steuerliste Eingetragenen sind 54 steuerfreie Personen, verbleiben also 877 Steuerzahler. Wenn jede Steuer bezahlt wird, so erhält der Staat 14 148,50 Mk. und die Gemeinde 35 959 Mk. bei 4 Prozent. Von diesen 877 Zahlern sind 72 mit 10 und darüber Tonnen Landbesitz. Diese 72 Agrarier schicken alle 2 Jahre 4 aus ihren Reihen in den Gemeinderat, die übrigen 805 Zahler aus ihren Reihen nur 2. Es ist doch außer Zweifel, daß an den Staat sowie an die Gemeinde im Durchschnitt von den 805 mehr gezahlt wird, wie von jenen Leuten, die von der Gemeinde mit mehr Recht umgeben sind; denn die größeren Anlagen und die Geschäftsleute gehören eben als Gemeindewähler nur der Arbeiterliste an und nicht der Besitzerliste. Warum also unsere Liberalen und Freisinnigen nicht beantragen, aus dieser großen Landgemeinde eine Fleckengemeinde zu machen, liegt klar auf der Hand; weil sie eben die Rotfurcht besitzen und lieber die Agrarier Trumpf bleiben lassen. Die 877 Zahler verteilen sich auf folgende Steuerstufen: Stufe 1 31, Stufe 2 30, Stufe 3 28, Stufe 4 52, Stufe 5 67, Stufe 6 270, Stufe 7 82, Stufe 8 101, Stufe 9 31, Stufe 10 44, Stufe 11 29, Stufe 12 34, Stufe 13 16, Stufe 14 15, Stufe 15 12, Stufe 16 10, Stufe 17 4, Stufe 18 2, Stufe 19 5, Stufe 20 4, Stufe 22 1, Stufe 23 1, Stufe 24 2, Stufe 26 1, Stufe 27 1, Stufe 30 1, Stufe 32 1, Stufe 33 1 und Stufe 37 2 Zahler. Die erste Stufe hat ein Einkommen von je 224 Mk. jährlich, zahlt dem Staat 1 Mark und der Gemeinde bei 4 Prozent 8 Mark. Das sind 9 Mark Steuern; bleiben **215** Mark zum Leben usw. — Die 37. Stufe hat ein Einkommen von je 25 500 bis 27 000 Mk. jährlich; zahlt an den Staat 775 Mark und an die Gemeinde bei 4 Proz. gleich 1020 Mark, das sind 1795 Mk. Steuern, bleiben 23 705 Mk. zum Leben usw. So ist die Güterverteilung im 20. Jahrhundert, und leben wollen doch alle. Hierauf erfolgte ein Bericht für das Jahr 1906 über unser Armenwesen, worauf wir später noch zurückkommen werden.

**Eutin.** Ein Luftballon, der am Montag in Eutin mit einer Dame aufgestiegen war, landete auf dem Eisenbahndamm zwischen Eutin und Lübeck. Der letzte Zug nach Lübeck hatte infolgedessen eine erhebliche Verspätung. Das Zugpersonal bemerkte den Ballon in der eintretenden Dämmerung noch gerade zur rechten Zeit. Die Luftschifferin war in den Telegraphendrähten derartig festgeraten, daß sie sich allein nicht befreien konnte.

**Ahrensburg.** Tödlicher Unfall. Im Rodenbecker Quellental gerieten in der mit Wasserkraft betriebenen Feilenhauerei der Besitzer Wecker und der Geselle Hansen unter das große Treibrad. Letzterer wurde furchtbar verstümmelt und starb bald darauf, Wecker erhielt gleichfalls lebensgefährliche Wunden.

**Hamburg.** Der Hamburger Hafenbetriebsverein hat beschlossen, jede Verhandlung mit den Streikenden abzulehnen und Streikbrecher heranzuziehen — wenn er solche bekommt. Der Streik der Maschinisten, Heizer und Decksleute der Schleppschiffe macht sich schon recht stark im Hafen-, noch mehr aber im Dock- und Werftverkehr bemerkbar. Die Hamburg-Amerikalinie soll beabsichtigen, die Dampfer der vom Streik betroffenen Firmen zu chartern und die Arbeit durch ihr Personal ausführen zu lassen. Ein Dampfer, der für die eventuell eintreffenden Streikbrecher als Quartierschiff dienen soll, ist von den Unternehmern im Hafen bereitgestellt worden. — Die Schmiede in Hamburg, Altona und Wandsbek haben am Sonntag den Streik für beendet erklärt und beschlossen, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Die Gehilfen zogen es vor, die Zugeständnisse der Innung abzulehnen und ohne jeden Erfolg wieder in Arbeit zu treten, um zu gelegener Zeit den Kampf wieder aufnehmen zu können. Um sofort kampfbereit zu sein, wenn die Situation sich bessert, bleibt die Streikkommission bestehen. Von den 350 Streikenden sind während der siebenwöchigen Dauer des Streiks nur 7 oder 8 abtrünnig geworden und 210 sind abgereist oder haben anderwärts Arbeit erhalten.

**Bremen.** Die Bluttat in der Sögestraße erscheint mit dem Fortschreiten der Untersuchung und dem Bekanntwerden näherer Einzelheiten über ihre Vorgeschichte immer mehr als ein überlegter Racheakt des Gärtners Pohl. Um den Ermordeten zum Betreten seines Geschäftslokals zu veranlassen, hatte Pohl ihm erklärt, gegen ein hiesiges Automobilhaus wegen Beanstandung einer Forderung für Blumenschmuck eines Automobils klagbar werden zu müssen. Dazu bedürfe er des Zeugnisses Lankau, seines früheren Gehilfen, der die Dekoration noch mit ausgeführt hatte. Diese Angabe des Pohl ist nunmehr als frei erfundener Vorwand festgestellt worden, denn das betreffende Automobilhaus hat nicht nur jene Forderung längst anstandslos beglichen, sondern sogar in Anbetracht der guten gärtnerischen Leistung der geforderten Summe von 100 Mk. freiwillig 50 Mk. hinzugefügt. — Ein weiterer für die Beurteilung der Tat ins Gewicht fallender Umstand ist der, daß Pohl den Lankau am fraglichen Morgen der Tat schon einmal nach seinem Laden zitiert, aber unter dem Vorwande, seine Bücher seien nicht zur Stelle, ihn wieder fortgeschickt hat. In Wirklichkeit ist aber zu dieser Zeit ein Gehilfe des Pohl zugegen gewesen, den er dann fortgeschickt hat.

**Bremen.** Eine verpuffte Staatsaktion. Wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, begangen durch ein Märzgedicht in der Bremer „Bürgerzeitung", war bekanntlich ein Strafverfahren gegen unseren Genossen, Redakteur Staufer in Bremen, eingeleitet. Die Strafkammer sprach ihn aber am 6. Juni frei. Der Staatsanwalt hatte Revision beim Oberlandesgericht in Hamburg gegen das freisprechende Urteil eingelegt. Er scheint aber zur Erkenntnis gekommen zu sein, daß die Bestrafung des Redakteurs doch nicht zu erreichen ist und hat nun die Revision zurückgezogen. Damit hat diese Staatsaktion ihr Ende erreicht. — Die Bremer Bürgerschaft bewilligte 7 964 090 Mk. zur Erweiterung des Hafens und der Verkehrsanlagen in Bremerhaven. Von den auf 47 491 000 Mk. veranschlagten Kosten sind früher bereits 16 763 000 bewilligt worden und es wurden jetzt 7 964 000 Mk. als weitere Rate zur Verfügung gestellt.

**Tondern.** Ein Blutbad richteten am 25. d., vormittags, zwei streikende Jagdhunde auf dem Stadtfelde bei Tondern unter den dort weidenden Schafen an, indem sie innerhalb kürzester Zeit nicht weniger als 11 Schafe zerrissen. Die Mehrzahl der Tiere war sofort tot, die übrigen mußten getötet werden. Der Gesamtschaden beläuft sich auf 500 bis 600 Mk. Die Besitzer der Hunde konnten festgestellt werden.

## Briefkasten.

**E. Stockelsdorf.** Komme. St.

## Sternschanz-Viehmarkt

29. August.

Der Schweinehandel verlief ziemlich gut.

Zugeführt wurden — Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere —65 Mk., leichte 63—64 Mk., Sauen 54—58 Mk. und Ferkel 59—63 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

**Kopffleisch**
**Leberwurst**
**Bretwurst**
sowie jeden Sonnabend
**Warme Knackwurst.**
**Heinr. Viereck**
Hüxstraße 96.

---

Empfehle:

| | | |
|---|---|---|
| Pa. Schweinefl. | Pfd. | 70 Pf. |
| „ Karbonade | „ | 80 „ |
| Kopf und Bein | „ | 20 „ |

Diverse Wurstwaren
zu billigsten Preisen.
**W. Strohfeldt**
Markthallenstand 13, 14, 15.

---

| | | |
|---|---|---|
| Prima Schweinefleisch | Pfd. | 70 Pf. |
| Karbonade | - | 80 - |
| Kopf und Bein | - | 20 - |
| Prima Suppenfleisch | - | 60 - |
| - Kalbfleisch | 50 u. | 60 - |
| fetten u. mag. Speck | Pfd. | 80 - |
| gekochte Mettwurst | - | 80 - |
| Leberwurst | - | 80 - |
| Braunschweigerwurst | - | 70 - |
| Sülze | - | 60 - |

empfiehlt
**Hans Werk,**
W. Strohfeldt Nachfl.
Glockengießerstraße 73.

---

Pr. fetten Speck Pfd. 80 Pf.
Pr. mageren Speck Pfd. 80 Pf.
bei Abnahme v. 4 Pfd. 75 Pf.

| | | |
|---|---|---|
| Prima Schweinefleisch | Pfd. | 70 Pf. |
| „ Kopf u. Bein | Pfd. | 25 Pf. |
| „ weißes Schmalz | Pfd. | 70 Pf. |
| „ Kuheuter | Pfd. | 50 Pf. |

**M. Lahrtz, Böttcherstraße 16.**

---

Empfehle zu Sonntag:

| | | |
|---|---|---|
| Ia. kernfettes Rindfleisch | Pfd. | 60 Pf. |
| Kalbfleisch | Pfd. | 50 u. 60 Pf. |
| Schweinefleisch | Pfd. | 70 Pf. |
| Ia. fettes Hammelfleisch | Pfd. | 75 Pf. |

**Paul Boldt**
22 Wahmstrasse 22.
Fernsprecher 753.

---

**Pa. Ochsenfleisch**
sowie sämtliche
**Fleisch- und Wurstwaren**
in bester Qualität
**H. Spangenberg**
Schlachterei u. Wurstfabrik m. elektr. Betr.
Schwartauer Allee 59 Ecke Lübeckerstraße.

---

Empfehle
**sämtl. Fleisch- und Wurstwaren**
in bester Qualität.
Von 5 Uhr an:
**ff. heiße Knackwurst.**
**Oscar Keil**
Schlachterei u. Wurstfabrik elektr. Betr.
Schwartauer Allee 65, Ecke Westhofstr.
Fernsprecher 1447.

---

Empfehle in besonders guter Qualität:

| | | |
|---|---|---|
| Prima fettes Schweinefleisch | 70 | Pfg. |
| Kalbfleisch | 60 | - |
| Schweinefleisch | 70—75 | - |
| Fetten u. mageren Speck | 80 | - |
| Gekochte Mettwurst | 80 | - |

**ff. Aufschnitt.**
**Jeden Sonnabend heiße Knackwurst.**
**F. Peters,**
Ecke Glockengießer- und Beckergrube.

---

**Ia. jung. fett. Fleisch, dicke Flohmen**
empfiehlt
Tel. 1744. **J. Fischer,** Kröpelin. 8.

---

# F. Meyer, Schuhwaren-Verkaufshaus,
**Hüxterdamm 2,**

empfiehlt sein großes Lager in kräftigem genagelten Kinderfußzeug, Arbeitsschuhen und wasserdichten Halbstiefeln zu bekannt billigen Preisen, zurückgesetzte Sachen unter Einkaufspreis.

**Bitte Schaufenster beachten.**

**Eigene Reparaturwerkstatt.** **Rote Rabattmarken.**

---

# Sozialdemokratischer Verein
**Lübeck.**

## Einladung zur
# Lassalle-Feier

bestehend aus **Konzert, Ansprache,** gehalten vom Genossen **Dr. Schlomer, Vorträgen verschiedener Gesangvereine und Aufführungen des Arbeiter-Turnvereins,** sowie des **Arbeiter-Radfahrer-Vereins**

**am Sonnabend, den 31. August 1907**
**im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.**

**Beginn der Feier abends 8 Uhr.** **Kassenöffnung 7½ Uhr.**
Eintritt **20** Pfg. — Kinder zahlen an der Kasse die Hälfte.

**Karten** sind zu haben im „Vereinshaus", Johannisstr. 50, bei Wittfoot, Hüxstr., Grünewald, Böttcherstr., Ludw. Klein, Hüxstr., G. Meyer, Friedenstr. 35 und C. Schröder, Lederstraße, sowie bei sämtlichen Distrikts- und Bezirksführern.

**Das Komitee.**

---

Für **20** Pfennig
**Wir haben Damen-Ringkampf**
**Das rote Gespenst.**
Kinder 10 Pfennig. **Platz für Fahrräder.**
**Ton-Halle, Schmiedestraße.**

---

# Zentral-Verband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen.
**(Zahlstelle Lübeck.)**

# Oeffentl. Versammlung
**für alle in der Schmiederei beschäftigten Personen**
**am Sonntag, 1. September 1907**
**vormittags 11 Uhr**
**im Vereinshaus, Johannisstr. 46-52.**

**Tages-Ordnung:**
**Ist die Gewerkschafts-Bewegung eine Lebensfrage für die Arbeiter.**
Referent: Gauleiter Kollege **Otto Peter-Elbing.**

**Die Ortsverwaltung.**

---

# HANSA-THEATER.
**Heute, Freitag, 30. August**
vorletzter Tag der
**II. großen intern. Ringkampfkonkurrenz.**
**3 Ringkämpfe.**
Jeder Kampf bis zur vollständigen Entscheidung.
**Freier Ringkampf.**
**Sabatier — Hitzler.**

**Sabatier** hat **Hitzler** aufgefordert, sich mit ihm im freien Ringkampf, wo alle Griffe vom Scheitel bis zur Sohle erlaubt sind, zu messen und hat sich verpflichtet, an Hitzler 200 Mark gegen 200 Mark zu zahlen, wenn er nicht im Stande ist, Hitzler in 10 Minuten zu besiegen. Hitzler und Sabatier haben je 200 Mk. bei der Direktion deponiert.

**Wer wird siegen???**

| | |
|---|---|
| **Rob. Raicevich** | **Memedoff** |
| Dalmatien. | Türkei. |
| **Boucher** | **Reiber** |
| Frankreich. | Steiermark. |

**Sonnabend: letzter Tag und die Preis-Verteilung.**
Bucher: Spezialitäten-Teil. Vorverkauf bei Sager.

---

**Schlachterei und Wurstmacherei**
mit elektrischem Betrieb
von
**E. Hinrichs, Dünkenhagen 3,**
empfiehlt

| | | |
|---|---|---|
| Suppenfleisch | Pfd. | 70 Pf. |
| Schweinefleisch | - | 70-75 - |
| Hammelfleisch | - | 80 - |
| Kalbfleisch Pfd. von 50 Pf. an, | | |
| sämtliche Wurstwaren, | | |
| Brot- u. Grützwurst | St. | 10 Pf. |
| Kopffleisch | Pfd. | 30 - |
| ff. Aufschnitt | - | 1,20 - |

sowie jeden Sonnabend
**ff. Mocturtle-Ragout und warme Knackwurst.**

---

# Arbeiter-Bildungsschule
**Lübeck.**

Sonntag, den 1. September 1907,
**Ausflug nach Seeretz.**

Treffpunkt 1½ Uhr an der Hafenfähre Drehbrücke.
Um zahlreiche Beteiligung der Mitglieder und Freunde der Sache wird gebeten.

**Der Vorstand.**

---

# Arbeit.-Radfahr.-Verein Lübeck

**Sonntag, den 1. September: Tour nach Wismar.** Abfahrt 5 Uhr morgens vom Burgtor (Polizeiwache); **nach Sülsdorf:** Abfahrt 1½ Uhr mittags vom Vereinshaus.

---

**Hansa-Theater**
**Lübeck.**

Ab 1. September:
**Gastspiel des Gesamt-Ensembles des**
**Original Kölner Ausstattungs-Possen-Theater**
früher: **Millowitsch-Theater.**
Direktion: **A. Baum & Hch. Prang,**
unter persönlicher Mitwirkung
**des Direktors Hch. PRANG**
**des anerkannt besten rheinischen Komikers.**

**Sonntag, den 1. September, abends 8 Uhr:**
**Es lebe der**
# Reservemann
Grosse Militärposse in 4 Akten, nach dem Französischen d. H. Chiviot & A. Duru. Deutsch von Kren & Ely, bearbeitet von Direktor **Hch. Prang.**
— **Musik von Julius Einödshofer.** —

**Preise der Plätze:**
Loge **3** Mk., Fauteuil **2** Mk., Sperrsitz **1.50** Mk., Parkett **1** Mk., Parterre **70** Pfg., I. Balkon Mitte **1** Mk., I. Balkon Seite **60** Pfg., II. Balkon **50** Pfg., Galerie **40** Pfg.
**Vorverkauf ab heute Freitag in Sagers Zigarrengeschäft.**
Kassenöffnung **7** Uhr. Anfang **8** Uhr.
Sonntags, Dienstags und Freitags:
**10.42 Uhr Sonderzug nach Schwartau und Travemünde.**

---

# Wilhelm-Theater.
Sonnabend, 8 Uhr: Außer Abonnement.
**Jeder Platz 50 Pfg.**
Unwiderruflich zum letzten Male:
**Klein Dorrit.**
Lustspiel in 5 Akten von Schönthan.
Sonntag, 7 Uhr: 86. Abonnem.-Vorstellung.
**Große Doppel-Vorstellung.**
**Die Dienstboten.**
Lustspiel in 1 Akt von R. Benedix.
**Der Raub d. Sabinerinnen**
Schwank in 4 Akten R. u. P. v. Schönthan.
Montag: Zum letzten Male:
**Nachtasyl.**

---

# Stadthallen-Theater.
Sonnabend, 8 Uhr: 73. Abonn.-Vorstellung
**Jeder Platz 50 Pfennig.**
**Mit vollem Orchester:**
**Preciosa.**
Sonntag, 7 Uhr. 74. Abonn.-Vorstellung.
**Gr. Doppel-Vorst. zu einfachen Preisen.**
**Die Fledermaus.**
Operette in 3 Akten von Strauß.
Hierauf: **Trilby.**
Schauspiel in 4 Akten von Potter.

# Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 202. Freitag, den 30. August 1907. 14. Jahrg.

## Anträge zum Parteitag in Essen.

### Tagesordnung.

Nürnberg, Kiel und Breslau: Auf die Tagesordnung zu setzen: Das Wahlrecht in den Einzelstaaten.

Parteigenossen des fünften schleswig-holsteinischen Wahlkreises, Nürnberg, Preetz, Stralsund, Hahn bei Pfungstadt, Stettin, Erfurt, Bremen, Langerfeld, Apenrade, abstinente Genossen in Elberfeld-Barmen, 21 Genossen Berlin II, drei Genossen Berlin V, acht Genossen in Schöneberg: Zu Punkt 7 der Tagesordnung einen zweiten Berichterstatter zu bestellen und hierzu einen Vertreter der Abstinenzbewegung zu nehmen.

### Agitation.

Weißensee: Zwecks besserer Bildung der Landarbeiter allmonatlich eine Agitationsschrift zur Gratisverteilung auf dem Lande herauszugeben.

Rendsburg: Über die Agrarfrage im allgemeinen ist in den breiten Schichten der Arbeiterbevölkerung mehr Aufklärung durch Verbreitung von Flugschriften usw. zu schaffen, als dieses bisher geschehen ist.

Amberg: Der Parteitag möge Mittel und Wege finden, wie die Agitation auf dem Lande besser zu betreiben ist wie bisher, eventuell die Beschaffung einer billigen Presse zu bewerkstelligen.

Düsseldorf: Den Parteiorganisationen im Lande dringend empfehlen, der Organisation der Landarbeiter und Landarbeiterinnen mehr Aufmerksamkeit als wie bisher zu widmen.

Frankfurt a. M.: Der Parteitag möge dafür Sorge tragen, daß die Parteiliteratur zu einem solchen Preise verkauft wird, daß sie ein wirksames Mittel gegen die Schundliteratur darstellt.

Teltow-Beeskow-Charlottenburg: Das Parteiprogramm den Parteigenossen zur Agitation in unbeschränkter Anzahl unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Velten: Eine besondere antimilitaristische Propaganda ist systematisch zu entfalten. Zu diesem Zweck ist ein ständiger Ausschuß einzusetzen.

Ottweiler-St. Wendel: 1. Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, ein Flugblatt auszuarbeiten, welches die Wahlmachinationen der bürgerlichen Parteien kennzeichnet, sowie die „arbeiterfreundliche" Tätigkeit der Blockparteien im deutschen Reichstage ins rechte Licht stellt. Dieses Flugblatt ist in einer Massenauflage über ganz Deutschland zu verbreiten.

2. Die Kreisvereine, in denen es an rednerischen Kräften mangelt, durch hervorragende Redner zu unterstützen.

3. Zur planmäßigen Agitation im Saarrevier ist ein Parteisekretär anzustellen, welcher vom Parteivorstand besoldet wird.

Berlin IV: Alle im Reichstage wichtigen Debatten über Lebensmittelzölle und Kulturfragen in Broschürenform zu drucken und auf dem platten Lande zu verbreiten, damit der Landbevölkerung klar gemacht wird, welche Partei ihre Interessen vertritt.

10. Sächsischer Reichstagswahlkreis: Den Parteivorstand zu ersuchen, nach jeder Reichstagssession ein Flugblatt herauszugeben, das die wichtigsten Anträge und Beschlüsse des Reichstages enthält und die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion in kritischer Behandlung den Anträgen und Beschlüssen gegenüber erläutert.

Berlin II: In Verfolg des Beschlusses des Mannheimer Parteitages in bezug auf die Stellung der Partei den lokalen Gewerkschaften gegenüber einen endgültigen Beschluß des Essener Parteitages herbeizuführen.

Berlin IV: In Erwägung, daß die zunehmende Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe und in Verbindung damit die wachsende Ausbreitung der Unternehmerorganisationen die Erstarkung der Gewerkschaftsorganisationen zur Notwendigkeit macht:

in weiterer Erwägung, daß unter dieser Voraussetzung für die Parteigenossen nur eine einzige Organisation ihres Berufes in Frage kommen kann und jede Sonderbündelei nur zum Schaden der gewerkschaftlichen Kämpfe gereicht, erwartet die Generalversammlung vom Parteitage, daß derselbe klipp und klar den Gedanken der Notwendigkeit einer einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation zum Ausdruck bringt und den Appell an die lokalorganisierten Gewerkschaftsgenossen richtet, sich den Zentralverbänden anzuschließen.

Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: Die im Auftrage des vorjährigen Parteitages vom Parteivorstand eingeleiteten Verhandlungen zwecks Herbeiführung des Zusammenschlusses der lokal- und zentralorganisierten Gewerkschaften betrachtet der Parteitag nicht für abgeschlossen; der Parteivorstand wird beauftragt, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen.

Sachsen-Altenburg: Erwartet vom Parteivorstand, daß er bis zum Essener Parteitag völlige Klarheit darüber schafft, ob die Lokalisten noch länger der Partei angehören können.

Die Lokalisten entfalten nun auch in der Provinz das die Arbeitersache so sehr schädigende Treiben und gründen zum Gaudium unserer Gegner ihre „Lokalistischen Zentralorganisationen", die unter heutigen Verhältnissen innerhalb der Arbeiterschaft doch nur Zank und Streit hervorzurufen geeignet sind.

Viele Mitglieder der lokalistischen Vereine haben seit dem Mannheimer Parteitag und insbesondere während der letzten Reichstagswahl eine solch parteischädigende Tätigkeit entfaltet, daß man das als offenen Verrat an der Arbeitersache ansehen muß. Diesem Treiben muß schon deshalb ein Ende gemacht werden, weil die Führer der Lokalisten dahinter stehen und die Partei jetzt genau so wie seither die Gewerkschaften auseinander zu sprengen beabsichtigen.

Die Altenburger Parteiorganisationen verlangen deshalb vom Parteivorstand und dem Essener Parteitag eine klare und endgültige Entscheidung in dieser Streitfrage.

### Organisation.

Berlin I: Der „Vorwärts" ist in das Eigentum der Genossen von Groß-Berlin überzuführen und verliert den Charakter als Zentralorgan der Partei.

Vierter sächsischer Wahlkreis: Der Parteivorstand möge mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands eine für die Gewerkschaften und Partei einheitliche Regelung der Ausschlußgründe und des Ausschlußverfahrens vereinbaren. Als letzte Instanz in Ausschlußsachen, bei denen ein Parteimitglied in Frage kommt, hat auf Verlangen des Auszuschließenden, das an die Generalversammlung der betreffenden Gewerkschaft zu richten ist, ein Schiedsgericht zu fungieren, das aus Mitgliedern der Gewerkschaft besteht, die zur Hälfte von dem Auszuschließenden, zur anderen Hälfte vom Gewerkschaftsvorstande zu bestimmen sind. Als unparteiischer Vorsitzender fungiert ein Beauftragter des Parteivorstandes, der nicht der betreffenden Gewerkschaft angehört. So lange das Ausschlußverfahren nicht seinen endgültigen Abschluß gefunden hat und soweit es sich nicht um Streikbruch, Veruntreuung oder Zahlungsverweigerung handelt, ist der Auszuschließende noch im Besitze seiner Rechte und Pflichten zu belassen.

Osnabrück, Altenburg, Stralsund, Bochum, Gelsenkirchen, Magdeburg, Bremerhaven, Calbe-Aschersleben, Augsburg-Wertingen, Düsseldorf, Breslau, Stettin, Trier, Bremen, Celle, IX. hannoverscher Wahlkreis, Sorau-Forst und VIII. und IX. schleswig-holsteinischer Wahlkreis: Einheitliche Mitgliedsbücher für alle Parteiorganisationen Deutschlands einzuführen.

Frankfurt a. M. und vierter sächsischer Wahlkreis: Der Parteivorstand wird beauftragt, die Einführung einheitlicher Parteilegitimationen für das ganze Reich nach dem Vorbild der vom Frankfurter Agitationskomitee herausgegebenen Mitgliedsbücher zu veranlassen.

Sagan-Sprottau: Der Parteitag wolle beschließen, einheitliche Mitgliedsbücher und Geschäftsbücher über das ganze Reich einzuführen, welche vom Parteivorstand zum Selbstkostenpreise bezogen werden können.

### Presse.

Parteivorstand und Kontrollkommission: Organisation der Nachrichten-Vermittelung für die sozialdemokratische Partei.

Berlin IV: 1. Der Verlag hat die „Neue Zeit" vom 1. Oktober ab in einem dem Titel und der neuen Kunstrichtung entsprechenden Gewande herauszugeben.

2. Der internationalen Bedeutung der „Neuen Zeit" entsprechend und um die Lektüre auch den ausländischen Genossen möglicher zu machen, die der deutschen Sprache wohl mächtig sind, denen aber die deutschen (gothischen) Schriftzeichen Schwierigkeiten bereiten, hat der Schriftsatz in lateinischer Lettern zu erfolgen.

### Parteischule und Bildungsausschuß.

Wittenberg-Schweinitz (und ähnlich Torgau): Die Parteischule in ihrer gegenwärtigen Form wird aufgehoben. Es werden die dafür angesetzten Ausgabeposten für die Landes- bezw. Bezirksorganisationen offen gelassen zur Errichtung von ständigen Unterrichtskursen Diese haben sich auf der Basis einer Vorschule zur Vertiefung der Kenntnisse des Sozialismus unter den in der Partei tätigen Genossen zu bewegen.

Bei Ablehnung obigen Antrages als Unterantrag: Sollte die Parteischule in ihrer gegenwärtigen Form bestehen bleiben, so sind daneben die obengenannten ständigen Unterrichtskurse dennoch einzurichten.

Genosse Richtsteig, Berlin III. Um eine Zusammenfassung und Vertiefung der gesamten Bildungsbestrebungen innerhalb der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu ermöglichen, beschließt der Parteitag die Herausgabe eines monatlich erscheinenden Korrespondenzblattes. Das Blatt soll den Parteigenossen als Wegweiser und Führer in allen Bildungsfragen dienen. Es wird von dem Bildungsausschuß in Berlin herausgegeben und gilt auch als dessen Publikationsorgan. Das Blatt ist den Vorständen der Organisationen kostenlos zu liefern, kann aber auch von einzelnen Parteigenossen im Abonnement bezogen werden.

Mühlheim a. M. 1) Die Partei möge in allen größeren Orten eine Agitation auf dem Gebiete des Volksschulwesens entfalten und ebenso auch naturwissenschaftliche Vorträge halten lassen, die zur Aufklärung des arbeitenden Volkes beitragen.

2) Die Partei möge ebenso mit Rücksicht auf die Kindererziehung darauf dringen, daß überall wo möglich Kindergärten errichtet werden, die einen weltlichen Charakter tragen.

### Parlamentarische Tätigkeit.

Darmstadt. Die Fraktion wird beauftragt, die geeigneten Schritte zu unternehmen, daß die Ausdehnung des Fahrkartensteuergesetzes auf Bureauarbeiter, Lehrlinge und solche Arbeiter und Arbeiterinnen, die nicht in einem festen Vertragsverhältnis zu einem Arbeitgeber stehen, durch das Reichsschatzamt wieder rückgängig gemacht werde, und im Bedarfsfalle eine Interpellation durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion vorzubereiten.

Fürth. Der Parteitag beschließt, daß in Zukunft bei Abstimmungen über Sozialgesetze, auch wenn sie unsere Forderungen nicht voll bewilligen, die Fraktion ihre Zustimmung gibt.

Flensburg. Der Parteivorstand wird beauftragt, die Gesetzentwürfe der Regierung und der Parteien im Reiche und in den Einzelstaaten mit Begründung und Materialien den in der Agitation tätigen Parteigenossen in einer ähnlichen Form wie die „Partei-Korrespondenz" zugänglich zu machen.

### Maifeier.

Nürnberg. Der Parteitag wolle klar aussprechen, in welcher Weise die Opfer der Maifeier zu unterstützen sind, eventuell soll dies in höherem Maße wie bisher durch die Partei geschehen.

Frankfurt a. M., Magdeburg, Bunzlau-Lübben, Berlin V: Die Maifeier ist in der bisherigen Form auch künftig abzuhalten.

---

## Der Übel größtes ist die Schuld!

Roman von Friedrich Thieme.

(32. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Noch einmal rief der junge Fabrikant mit dem Aufgebot seiner ganzen Kraft: „Max — Max!"

Das Echo gab wie höhnisch den Namen zurück — sonst blieb alles still. Wenigstens hörte Georg keinen Ton, der Lehrer dagegen rief plötzlich:

„Haben Sie nichts vernommen?"

„Nein — was?"

„Mir war als hörte ich ein leises Stöhnen."

„Irgend ein Geräusch wird Sie vielleicht getäuscht haben."

„Nein, nein — rufen Sie noch einmal."

Georg wiederholte laut und in Zwischenpausen seinen Ruf.

„Jetzt", flüsterte Felix, „passen Sie auf — jetzt wieder —"

„Mir war es allerdings so", gab Georg erregt zurück. „Es kam von unten."

„Jawohl — dort her — ha, von dem Gebüsch direkt unter uns. Bei Gott, Herr Friedmann, dort hinter dem großen Busch liegt eine dunkle Gestalt — das ist er und er ist noch nicht tot!"

Er reichte dem Fabrikanten sein Glas, dieser schaute aufmerksam nach dem bezeichneten Busche.

„Ja, ja — ich sehe etwas dunkles — aber wie dorthin gelangen?"

„Wenn man sich an einem Seile hinunter ließe, könnte man wohl hinkommen, es sind höchstens acht Meter — und an dem Gebüsch hat man einen Halt, ja es scheint sogar eine Art Vorsprung dort zu sein, man kann es nicht genau mehr erkennen."

Georg war bereits emsig bemüht, die mitgenommenen Stricke auszupacken und an einander zu knüpfen. „Da haben wir ein Seil, länger als wir es brauchen", betonte er. „Ob sich indessen hier ein Gegenstand finden läßt, um es sicher anzuknüpfen."

„Der Stein hier am Vorsprung selber — er ist nicht sehr stark, dabei aber doch hinreichend fest" — der junge Mann erprobte alle seine Kräfte an dem bezeichneten Stein oder vielmehr Felsblock, vermochte ihn aber nicht im mindesten zu erschüttern. „Wenn wir auf der uns zugekehrten Seite eine Kerbe machen, sitzt das Seil ganz fest."

„Sie haben recht", nickte der Fabrikant." „Hätten wir doch nur ein Werkzeug", rief er, sich ganz verlegen umsehend.

„Da, der Granitsplitter genügt. Wenn wir ein Stück von der vorstehenden Kante abschlagen, so erreichen wir unseren Zweck."

Georg griff das Granitstück auf, worauf Felix hindeutete, und griff mit mächtiger Wucht den Felsblock an der bezeichneten Stelle an. Doch der harte Stein schien die Schläge gar nicht zu spüren, längerer Zeit bedurfte es, bis man endlich einige Splitter abgesprengt und so eine kleine Vertiefung hergestellt hatte.

„Das genügt vollständig," meinte Felix, indem er das Seil um den Block schlang. Zweimal spannte er es darum, er drückte es fest in die Vertiefung ein und machte einen festen Knoten. Dann ließ er es in den Abgrund fallen — es fiel gerade vor dem Gebüsch nieder.

Ohne Zögern wollte sich der Fabrikant dem schwanken Tau anvertrauen, als der Lehrer ihn zurückhielt.

„Halt, Herr Friedmann — hinunter kommen Sie wohl, aber wie wieder herauf?"

Georg hielt betroffen inne.

„Gesetzt, wir täuschen uns nicht, wie wollen wir den Unglücklichen heraufbefördern?"

„Ich binde ihn fest an das Seil und Sie ziehen ihn herauf. Dann lassen Sie das Seil wieder herab und ich klettere daran empor."

„Wird meine Kraft dazu ausreichen? Und wird die Ihrige groß genug sein, sich an der steilen Wand emporzuziehen?"

„O gewiß — ich kann ja meine Füße zu Hilfe nehmen."

„Daran haben wir nicht gedacht. Und doch — weitere Hilfe herbeizuholen ist es zu spät — es wird immer finsterer — wir müßten bis morgen warten."

„Geht nicht — Tod und Leben meines armen Schwagers hängt vielleicht an Minuten."

„Wohl wahr — nun, so müssen wir es mit Gottes Hilfe unternehmen! Ich muß mich mit aller Gewalt gegen den Block stemmen."

Ohne weiteres Zögern vertraute sich Georg Friedmann dem Seile an und ließ sich hinab in die schwindelnde Tiefe. Zum Glück brachte es die Natur des Berges mit sich, obgleich derselbe fast mit senkrechter Schroffheit sich hinabsenkte, daß der kühne Steiger immerhin an der Wand einigen Halt und für seine Füße an kleinen Vorsprüngen Stützpunkte fand, sodaß er halb rutschte, halb kletterte und wenigstens nicht direkt über dem Abgrund hing. Felix hatte sich lang auf die kleine Plattform gelegt, über diese den Kopf hinwegstreckend und die Fortschritte seines Begleiters genau beobachtend. Es kam alles darauf an, daß derselbe an der rechten Stelle Fuß faßte und nicht etwa über das Gebüsch hinausgelangte.

„Noch wenige Fuß," rief er ermutigend. „Jetzt kommt der Busch — können Sie unter sich sehen? Haben Sie einen Halt für die Füße?"

„Jawohl," schrie Georg zurück. „Das Gebüsch steht auf einer breiten Kante."

Im nächsten Augenblicke stand er auf seinen Füßen. In seiner Gemütsalteration hatte er an keine Gefahr gedacht, trotzdem schloß er mit einem Schauder die Augen, als er von dem schmalen Vorsprung aus, auf dem er sich befand, in die gähnende Tiefe blickte. Doch er ermannte sich und richtete die Augen auf den Boden, um nach seinem Schwager zu suchen. Der Unglückliche lag dicht vor ihm auf der Rückseite des Gebüsches, zwischen diesem und der Felswand, die zwischen sich und dem Gesträuch kaum einen Zwischenraum von anderthalb Meter ließ. Da lag Max Schröter, das Antlitz mit Blut besudelt, dem Anschein nach starr und tot.

Und für tot hielt ihn sein Retter in ersten Augenblicke.

Aber er hatte doch gestöhnt? Er hatte geantwortet auf ihr Rufen?

Doch es war jetzt keine Zeit, das zu untersuchen. So rasch als möglich befestigte er das Ende des Seils unter den Armen des Bewußtlosen.

„Anziehen!" gab er dem Lehrer das Signal, worauf dieser, ein kräftiger Sohn des Gebirges, sich mit aller seiner Kraft gegen den Block stemmte und das Seil langsam und vorsichtig nach oben zog, damit er den Geretteten nicht verletze. Sobald er ein Stück des Taues heraufgebracht hatte, schlang er es um den Block, auf diese Weise verhindernd, daß bei plötzlichem Nachlaß seiner Kräfte ein Wiederzurückschnellen eintrete. Dadurch erhielt er auch Gelegenheit, Ruhepausen zu machen, wenn die Anstrengung für ihn zu groß wurde, und nach einer Weile verkündete sein Jubelruf

**Bremen:** Die Bremer Genossen stehen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß es die moralische Pflicht aller Partei- und Gewerkschaftsführer ist, für die größtmöglichste Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten. Der diesjährige Maiaufruf des Parteivorstandes war in der Form verfehlt und in der Sache unbegründet. Die Bremer Delegierten werden beauftragt, auf dem Parteitage für die Beibehaltung der Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten.

**Ottensen:** Die Parteigenossen erklären, daß sie an der bisherigen Form der Maifeier festhalten, indem sie in der Arbeitsruhe die würdigste Feier des 1. Mai erblicken. Sie wünschen, daß die Frage auf dem Parteitage gründlich erörtert und es den Parteigenossen und der Parteipresse zur Pflicht gemacht wird, mit allem Nachdruck für die Arbeitsruhe am 1. Mai Propaganda zu machen.

### Reichstagswahlen und politische Lage.

**Weimar:** Da der Freisinn bei der letzten Reichstagswahl sich offen als einen Teil der gemeinsamen reaktionären Masse entpuppte, indem derselbe eine Anzahl Wahlkreise den reaktionärsten Volksfeinden auslieferte, beschließt die Jahresversammlung des ersten weimarischen Reichstagswahlkreises:

Der Parteitag in Essen wolle beschließen: Bei Stichwahlen zwischen Freisinn und einer anderen bürgerlichen Partei enthält sich die sozialdemokratische Partei der Stimmenabgabe.

**Nürnberg, Kiel:** Bei Reichstags-Stichwahlen zwischen zwei bürgerlichen Kandidaten ist strengste Stimmenthaltung zu üben.

**Rendsburg:** Bei vorkommenden Reichstags- und Landtagsstichwahlen, in welchen keine Sozialdemokraten in Frage kommen, ist von der Parteileitung strikte Stimmenthaltung zu proklamieren.

**Düsseldorf:** Bei kommenden Wahlen ist eine Unterstützung bürgerlicher Parteien zu vermeiden.

**Berlin III, Guben, Kottbus-Spremberg und Randow-Greifenhagen:** In Anbetracht des Verhaltens der freisinnigen Parteien bei den Nachwahlen der Legislaturperiode 1903 zu 1906, bei welchen sie die Brotwucherparteien gegen die sozialdemokratische Partei unterstützten, sowie der Stellungnahme der freisinnigen Parteien bei der Reichstagswahl 1907, bei welcher sie offen für die reaktionären Parteien eingetreten sind und in einer Anzahl von Kreisen selbst die Hilfe des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in Anspruch nahmen, halten es die Genossen für Pflicht der Sozialdemokratie Deutschlands, bei Stichwahlen zwischen freisinnigen und reaktionären Parteien sich unter allen Umständen der Stimme zu enthalten.

**Bremerhaven:** Bei sämtlichen Wahlen, in denen der Freisinn mit anderen reaktionären Parteien in Stichwahl steht und die Sozialdemokratie ausschlaggebend ist, haben sich unsere Parteigenossen der Stimmabgabe zu enthalten.

**Flensburg:** In Zukunft ist bei den Reichstags-Stichwahlen gegenüber bürgerlichen Kandidaten Stimmenthaltung zu üben.

### Alkoholfrage.

**Nürnberg, V. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis, Langerfeld, Appenrade, 3 Genossen in Berlin V, abstinente Arbeiter Elberfeld-Barmen und Stralsund:** Erwarten vom Parteitag eine entschiedene Stellungnahme gegen den Trinkzwang bei Zusammenkünften von Parteigenossen, gegen Trinkgewohnheiten, sowie Befürwortung der alkoholgegnerischen Bewegung in der organisierten Arbeiterschaft. — Ferner sind die Parteiorganisationen und die Parteipresse zu verpflichten, für Aufklärung über die Schädigungen des Alkohols Sorge zu tragen.

**Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg** (Kreis-Generalversammlung) erwartet von dem Parteitag einen kräftigen Anstoß zur Förderung des Kampfes gegen die verheerenden Wirkungen des Alkohols. Sie erklärt die planmäßige Belehrung über die Schäden und Gefahren des Alkohols, insbesondere für die Aufgaben des kämpfenden Proletariats und die Nachkommenschaft des arbeitenden Volkes, für eine Pflicht der Arbeiterpresse und der Organisationen.

### Sonstige Anträge.

**Frankfurt a. M.:** Der Parteivorstand wolle dafür Sorge tragen, daß das gesamte Vermögen der Partei- wie der Gewerkschaftsorganisationen in einer eigenen Volksbank angelegt werde.

**Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg:** Den Parteivorstand zu beauftragen: 1. Vor dem nächsten Parteitag eine Darstellung der landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse in den verschiedenen Teilen des Reiches, sowie eine Zusammenstellung des auf dem Gebiete des Landarbeiterschutzes und der Landarbeiterorganisation bisher von der deutschen Partei wie von den ausländischen Arbeiterparteien Geleisteten zu veröffentlichen. 2. Unter Zuziehung von Fachleuten den Entwurf eines umfassenden Landarbeiterschutzprogramms auszuarbeiten.

**Magdeburg:** Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, überzeugt von der Bedeutung solcher statistischen Aufnahmen über die soziale Zusammensetzung der Reichstagswählerschaft, wie sie in Magdeburg, Leipzig, Offenbach und Augsburg vorgenommen wurden, richtet an den Parteitag das Ersuchen, die Wahlkreise, bei denen die Vorbedingungen hierzu vorhanden sind, aufzufordern, solche Statistiken aufzunehmen. Es ist bei diesen Aufnahmen vor allem im Auge zu behalten, daß sie nach einem einheitlichen Schema zu erfolgen haben, damit sie mit einander verglichen werden können; es ist ferner erforderlich, da sie nicht nur für einen Wahlkreis, sondern für die Gesamtpartei nützliche Erkenntnis erschließen sollen, daß alle Statistiken veröffentlicht werden. Da der Wert der Aufnahmen um so größer ist, je zahlreicher sie sind, werden die Parteitagsdelegierten ersucht, überall da, wo es sich ermöglichen läßt, auf die Aufnahme solcher Wahlstatistiken hinzuwirken. Die Formulare hat der Parteivorstand zu liefern.

**Frankfurt a. M.:** Die Frankfurter Delegierten werden beauftragt, in Essen für die Abhaltung einer kurzen Preußenkonferenz im Anschluß an den Parteitag einzutreten und an derselben als Frankfurter Delegierte zur Beschleunigung der Vorarbeiten für eine preußische Landesorganisation teilzunehmen.

### Parteitag 1908.

**Teltow-Beeskow, Bremen:** Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: Die Landarbeiterfrage.

**Frankfurt a. M.:** Der Parteivorstand wird ersucht, die Stellung der Partei zur Genossenschaftsbewegung auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages zu setzen, falls es die Umstände gestatten.

**Nürnberg:** Auf die Tagesordnung des Parteitages 1908 ist die Agrarfrage zu setzen.

**Kiel:** Der nächste deutsche Parteitag möge in Kiel abgehalten werden.

**Magdeburg:** Den nächsten Parteitag in Magdeburg stattfinden zu lassen.

**Nürnberg:** Der Parteitag im Jahre 1908 möge in Nürnberg stattfinden.

# Bericht des Parteivorstandes

## an den Parteitag zu Essen 1907.

### Landtagswahlen.

Im Dezember und Januar fanden in **Württemberg** die Neuwahlen zum Landtage statt, und zwar zum ersten Male auf Grund der durch die Verfassungsreform geschaffenen neuen Verhältnisse. Am 5. Dezember wurden die Bezirkswahlen vollzogen, wobei für jedes Oberamt und die Städte je ein Abgeordneter zu wählen war. Stuttgart hatte sechs Abgeordnete zu wählen. Die Abgeordneten für Stuttgart mußten nach dem Grundsatze der Listen- und Verhältniswahl gewählt werden. Die Proportionalwahl wurde hier zum erstenmal in Deutschland bei Wahlen zu einer politischen Körperschaft angewandt.

Im ersten Wahlgange ist die Entscheidung über 48 Mandate gefallen, wobei der Sozialdemokratie fünf Sitze zufielen. Von den sechs Mandaten der Stadt Stuttgart eroberten unsere Genossen drei. Die Sozialdemokratie hatte von allen Parteien den stärksten Stimmenzuwachs zu verzeichnen; sie vereinigte 91 717 Stimmen auf sich, gegen 58 721 im Jahre 1900, hatte also eine Zunahme von 32 996 Stimmen. Die Partei ist demnach in der Reihenfolge der Parteien von der vierten Stelle, an der sie bisher marschierte, an die erste Stelle gerückt.

In 27 Bezirken mußte eine zweite Wahl stattfinden. Da der Stichwahlzwang aufgehoben ist, konnten alle am ersten Wahlgang beteiligt gewesenen und selbst neuaufgestellte Kandidaten bei den Nachwahlen auftreten; entscheidend ist die relative Mehrheit.

Nur durch die freiwillige Zurückziehung aussichtsloser Kandidaturen konnte die Möglichkeit der Unterstützung des „kleineren Übels" herbeigeführt werden. Dieser Weg ist mit der zwischen der Sozialdemokratie und Volkspartei erzielten Verständigung beschritten worden. Entscheidend war der Gesichtspunkt, daß nirgends durch Aufrechterhaltung einer aussichtslosen Kandidatur die Gefahr des Sieges eines reaktionären Kandidaten heraufbeschworen oder erhöht werden sollte. Wo diese Gefahr nicht vorhanden war, gingen unsere Genossen selbständig vor. Die am 18. Dezember stattgefundenen Nachwahlen hatten folgendes Ergebnis:

„Das „rote" Kartell, wie das Wahlabkommen von Sozialdemokratie und Volkspartei von den Gegnern getauft worden war, tat seine Wirkung in 13 von den 20 Kreisen, die in dasselbe hineinbezogen worden waren. Die Sozialdemokratie erhielt durch das Abkommen drei statt der beabsichtigten fünf, die Volkspartei zehn statt der beabsichtigten fünfzehn Mandate. Es waren mithin sieben Wahlkreise nicht zu halten; zwei davon erhielt das Zentrum, zwei die Nationalliberalen und drei der Bauernbund. Von den sieben Kreisen, die das Abkommen freigelassen hatte, eroberte die Sozialdemokratie aus eigener Kraft drei. Während die Sozialdemokratie, wie die Einzelergebnisse ausweisen, überall geschlossen für die Volkspartei eingetreten ist, wo das Abkommen es erforderte, kann das Gleiche von der Volkspartei nicht behauptet werden.

Am 9. Januar wurden dann noch 17 Abgeordnete durch den Landesproporz gewählt. Das ganze Land ist zu diesem Zwecke in zwei Landeswahlkreise eingeteilt, von denen der eine neun und der andere acht Abgeordnete wählt. Bei diesen Wahlen fielen der Partei noch vier Mandate zu, so daß die Fraktionsstärke unserer Partei jetzt 15 beträgt, gegen 7 beim vorhergehenden Landtag.

Bei der Wahl am 9. Januar zählte die Partei 6000 Stimmen weniger als am 5. Dezember, was in der Hauptsache wohl darauf zurückzuführen sein wird, daß infolge der mit der mehrfachen Ausübung des Wahlrechts verbundenen Opfer diejenigen Industriearbeiter, die nicht an ihrem Wohnort beschäftigt sind, wesentlich schwächer gewählt haben. Der Wahlkampf hat wegen seines Zusammentreffens mit den Wahlen zum Reichstag an den Fleiß und die Opferfreude der württembergischen Parteigenossen die höchsten Anforderungen gestellt.

Unter denselben Umständen mußten die **Hamburger** Parteigenossen den Kampf zu den **Bürgerschaftswahlen** führen. Dort fanden die allgemeinen Wahlen am 1. Februar statt; es waren die ersten Wahlen, die nach der im vorigen Jahre durchgeführten Wahlrechtsverschlechterung vollzogen wurden. Auch dort ist das Proportionalwahlverfahren eingeführt, das wegen der Klasseneinteilung der Bürger noch komplizierter ist als das in Württemberg. Die Hamburger Bürgerwähler haben bei dieser Wahl den Wahlrechtsräubern eine nicht mißzuverstehende Antwort erteilt. Hätten diese sich nicht durch die Klasseneinteilung geschützt, so wären sie sämtlich hinweggefegt worden. Fast zwei Drittel der Wähler haben gegen den Wahlrechtsumsturz gestimmt.

Die sozialdemokratische Vorschlagsliste hat in der ersten Klasse 5586, in der 2. Klasse 135 400 Stimmen auf sich vereinigt. Das heißt, in der 1. Klasse haben 465, in der 2. Klasse 11 283 Bürger für die sozialdemokratische Liste gestimmt. Bei gerechter Proportionalwahl ohne Klasseneinteilung würden der Sozialdemokratie von den 38 in der Stadt zu vergebenden Mandaten etwa 17 zugefallen sein. Jetzt sind es nur 10; eins in der 1. Klasse und neun in der 2. Klasse. Die Klasseneinteilung hat also die Sozialdemokratie um zirka 40 Prozent ihres Rechtes betrogen.

Es gelang uns dann noch, bei den am 15. Februar stattgefundenen Grundeigentümerwahlen ein weiteres Mandat zu erringen. Auf unseren Kandidaten fielen hier 3811 Stimmen. Da jeder Wähler 20 Stimmen abgab, haben 190 Grundeigentümer für unsere Liste gestimmt. Bei den Wahlen handelte es sich um eine halbschichtige Erneuerung der Bürgerschaft, so daß unsere Fraktion mit den nicht zur Wahl gestandenen 8 Mandate jetzt 19 Köpfe stark ist, gegen 13 vor den Neuwahlen. Das Wahlergebnis ist ein großer Erfolg der Partei. Was unsere Genossen unter dem neuen Wahlgesetz erreichen konnten, ist ziemlich bis an die Grenze des Möglichen erreicht worden.

Ende November fanden im **Großherzogtum Sachsen-Weimar** die Landtagswahlen statt. Infolge der neuen Wahlkreisgeometrie verloren wir das Mandat für Ilmenau, dagegen gewannen wir aber das für Ruhla. Die Wahlkreise Apolda-Land und Allstedt wurden von unseren Genossen behauptet. Die Sozialdemokratie hat danach auch im jetzigen Landtag drei Mandate inne. Die Wahlbeteiligung war nicht stark. Unser Erfurter Parteiblatt schrieb nach der Wahl, daß selbst die Beteiligung der Parteigenossen in den meisten Wahlkreisen viel zu wünschen übrig gelassen habe. Ein solches Verhalten von Parteigenossen läßt sich nicht entschuldigen, auch nicht mit der Abneigung gegen ein unzulängliches Wahlsystem.

Im Landesausschuß **Elsaß-Lothringens**, dem Parlament für die Reichslande, war seit 1903 die Sozialdemokratie durch den Genossen Emmel vertreten; er war von der sozialdemokratischen Mehrheit des Mülhauser Gemeinderats gewählt worden. Nachdem im Oktober v. J. bei der Gemeinderatsersatzwahl unsere Genossen gegenüber dem demokratisch-liberalen-klerikalen Block die Mehrheit auf dem Rathaus nicht zu halten vermocht hatten, war auch mit dem Verlust des Mandats im Landesausschuß zu rechnen. Tatsächlich ging auch bei der am 29. November stattgefundenen Wahl das Mandat verloren. Der demokratische Gegenkan-

---

dem unten harrenden Georg, daß das kühne und schwere Werk glücklich gelungen sei.

Im nächsten Moment flog das Seil mit einem „aufgepaßt, Herr Friedmann" wieder herab und nach weiteren fünf Minuten tauchte Georgs Kopf wieder über der Plattform auf.

„Gott sei Dank," rief er, sich vollends heraufschwingend und mit dem Rücken gegen die Felswand lehnend, „bald hätte mich die Kraft verlassen."

„Lebt er?" fragte er dann hastig.

„Er fühlt sich warm an und der Puls scheint, wenn auch ganz schwach, doch zu gehen. Noch steht uns eine weitere Schwierigkeit bevor — wir müssen Ihren Schwager den schmalen Kantenweg entlang bis zur Höhe des Plateaus befördern."

„Helfen Sie es uns nur, solange die Spannung meiner Nerven anhält."

Felix griff den noch daliegenden Hut auf und stülpte ihn, um nicht behindert zu sein, auf seinen eigenen, darauf packten beide den leblos daliegenden Max in der Weise, daß Georg ihn unter den Armen, Felix an den Füßen hielt; so transportierten sie ihn mit unendlicher Mühe und Vorsicht nach oben. Georg sah sich in die gefährliche Notwendigkeit versetzt, rückwärts gehen zu müssen, er konnte daher, nach dem die Last beschwert, behutsam nur Fuß um Fuß zurücklegen, wobei Felix ihn scharf im Auge behielt und bei jeder falschen Bewegung warnte. Zum Glück war der Weg nicht lang und erleichtert aufatmend legten sie endlich den glücklich Geretteten auf den Grasboden des Plateaus nieder.

„Was nun?" fragte Felix.

„Am besten, wir bringen ihn in das alte Forsthaus — der eine Raum ist noch halbwegs im Stand, wenigstens kann es nicht hinein regnen. Es wird schon dunkel und für die Nacht ist nichts weiter zu machen. Morgen früh müssen wir dann Unterstützung und eine Tragbahre besorgen lassen, damit er hinunter ins Tal geschafft werden kann."

„Wenn er wenigstens bis zu meinen Eltern gebracht werden könnte," warf der Lehrer besorgt hin.

Georg hatte sich über den starren Körper gebeugt, er lauschte voll Angst auf das Atemholen, mit gespanntem Blick forschte Felix.

„Mein armer Max," murmelte er tief bewegt — da drang ein leises Stöhnen an seine Ohren, der Gerettete schlug die Augen auf und flüsterte schwach:

„Wasser, Georg — ich — ich verdurste."

„Hier ist Wasser," rief Georg erfreut und flößte ihm aus seiner Feldflasche das erfrischende Getränk ein. „Mein armer, lieber Max, Du lebst — o der Himmel sei gepriesen! Bist Du schwer verletzt?"

Max machte mit dem Kopfe eine schwache verneinende Bewegung.

„Ich glaube nicht — — ich bin nur total erschöpft durch den Blutverlust aus der Stirnwunde und den Hunger und Durst. Habt Ihr etwas zu essen?"

Sofort flößte man ihm einige der mitgebrachten Lebensmittel ein und reichte ihm auch einige Schlucke Branntwein, beides genoß er begierig.

„Nun bringt mich nach dem Forsthaus," lispelte er. „Noch einige Stunden Schlaf, dann denke ich mich wenigstens bis zu Weißbachs Häuschen schleppen zu können."

„Wenn Du nur keine inneren Verletzungen davongetragen hast?"

„Ich glaube nicht — doch laß mich jetzt. Später sollt Ihr alles wissen —"

„Sie sind abgestürzt?" forschte hastig der junge Lehrer.

„Später," erwiderte Max zögernd, indem er eine ungeduldige Bewegung machte. Gleichzeitig versuchte er sich zu erheben, um seinen Rettern die Arbeit zu erleichtern, aber kraftlos und schmerzhaft aufschreiend, sank er zurück.

„So geht es nicht, lieber Max," sagte Georg voll sanften Vorwurfs. „Wollen Sie so gut sein, nochmals anzufassen, Herr Weißbach? So —"

„Dank Euch, Dank," murmelte Max.

Noch einmal nahmen sie die schwere Bürde auf, um sie erst wieder in dem noch am besten erhaltenen Raum des alten Forsthauses niederzulegen. Dort bereiteten sie dem Verwundeten so gut es anging ein Lager, indem sie den Rucksack, der bei seiner Auffindung neben ihm gelegen und den Georg sich umgeschnallt hatte, unter den Kopf betteten, indes Felix, der vorsichtiger als Georg gewesen war, ihn mit seinem Überzieher zudeckte.

Georg nahm darauf die Verletzungen seines Schwagers genauer in Augenschein.

Außer der Wunde an der Stirn, die offenbar vom Aufschlagen an einer Steinspitze herrührte, fanden sich noch eine Anzahl Hautschürfungen und eine Verletzung am Bein, die ebenfalls geblutet hatte.

„Gefährlich sind diese Sachen alle nicht, soviel ich davon verstehe", äußerte Georg zu Felix, „und wenn er sich wirklich keine innere Verletzung zugezogen hat, so wird er nach einigen Tagen wieder völlig hergestellt sein."

„Das ist Glück im Unglück," bemerkte Felix, der im Angesicht ihres glücklichen Erfolges seine ganze gute Laune wiedergefunden hatte.

Auch Georg fühlte sich wie neugeboren. Die Furcht, daß seine Feigheit auch noch den Tod seines eignen Schwagers verursacht habe, war von ihm genommen.

„Wenn nur meine Frau und Grete Mohring von diesem erfreulichen Resultate erfahren könnten", sprach er voll liebender Sorge. „Sie werden eine angstvolle Nacht zubringen. Leider besteht keine Möglichkeit — ich müßte denn versuchen, trotz der Finsternis hinunter zu kommen. Ich könnte dann Hilfe heraufsenden oder mitbringen."

Unruhig schüttelte Felix den Kopf.

„Und wenn inzwischen dem Kranken etwas zustößt? Oder auch Ihnen selbst? Der Abstieg vom Postelberg ist in Anbetracht des wenig gepflegten Weges nicht ungefährlich — die Nacht ist finster —"

„Ich fürchte mich nicht."

Der Verwundete erhob in diesem Augenblick den Kopf und lallte einige unverständliche Worte.

Georg eilte an sein Lager.

„Was willst Du, Max?"

„Nicht — nicht gehen," murmelte Max fast ängstlich. „Keine Hilfe holen — niemand darf wissen, daß ich lebe."

„Warum nicht?"

„Später — morgen früh alles. Habe einen bestimmten Plan."

„Er will nicht", wandte sich der Fabrikant an seinen Genossen. „Gut, so mag es bleiben. Marie und Grete werden sich gedulden müssen."

„Und wir uns für die Nacht einrichten, so gut es geht", erklärte der Lehrer.

„Wenn wir nur wenigstens ein Licht hätten — es wird ja Stocknacht."

(Fortsetzung folgt.)

didat hatte sich mit der dem Zentrum gegenüber abgegebenen schriftlichen Verpflichtung, „nicht gegen die bestehende Konfessionsschule zu stimmen“, die Stimmen des Zentrums erkauft.

Einen schönen Erfolg hatten dagegen unsere Genossen in Elsaß-Lothringen bei den im September stattgefundenen Bezirkstagswahlen aufzuweisen. Sie beteiligten sich in 17 von 31 zur Wahl stehenden Kantonen und haben zu den bisher innegehabten zwei Mandaten noch drei hinzugewonnen, und zwar: Geispoldsheim, Schiltigheim und Gebweiler. Die wichtigste Funktion der Bezirkstage ist die Wahl von 34 der 58 Landesausschußmitglieder.

In Sachsen-Altenburg fanden im März die Landtagswahlen statt. Es waren die ersten Wahlen größeren Umfangs, die nach den Hottentottenwahlen im Reiche stattfanden. Der Reichsverband hatte wie bei der Reichstagswahl auch bei diesen Wahlen in den von der Sozialdemokratie bedrohten Wahlbezirken die Agitationsarbeit übernommen. Unsere Genossen haben jedoch die bisher innegehabten drei Sitze in der dritten Abteilung glänzend behauptet. In der Stadt Altenburg siegten wir mit 2354 gegen 1550, in den Städten des Ostkreises mit 1628 gegen 749 und in den Städten des Westkreises mit 992 gegen 636 Stimmen. Der sozialdemokratische Stimmenzuwachs beträgt 620.

Am 31. Mai fanden die Landtagswahlen in Bayern statt; sie wurden das erste Mal unter dem direkten Wahlrecht vollzogen. Trotz der Beschwerung mit einer einjährigen Steuerkarenzzeit, der Ableistung des Verfassungseides als Vorbedingung der Wahl, Hinaufrückung des Wahlalters vom 21. auf das 25. Lebensjahr, der vexatorischen Auslegung der Bestimmungen über den Wohnsitz und anderer schikanöser Machenschaften der Ober- und Unterbehörden, hatte die Sozialdemokratie einen großen Erfolg zu verzeichnen. Wir haben 20 Mandate errungen, gegen 12 im verflossenen Landtag. Acht Mandate in München, fünf in Nürnberg, vier in der Pfalz, zwei in Fürth und eins in Erlangen haben wir den vereinigten Gegnern abgerungen. Dabei muß beachtet werden, daß von den 12 Mandaten im letzten Landtage höchstens drei aus eigener Kraft erkämpft wurden, so daß wir eigentlich 17 Mandate gewonnen haben. Von allen Parteien hat die Sozialdemokratie die größten Erfolge aufzuweisen. Es ist nicht möglich, die Stimmergebnisse mit denen früherer Landtagswahlen oder mit denen der Reichstagswahlen zu vergleichen, weil die neuen wahlgesetzlichen Bestimmungen einen stichhaltigen Vergleich ausschließen. Im ganzen Lande erzielten wir 169 549 Stimmen. Wir haben fast durchweg mit ansehnlichen Mehrheiten gesiegt; in mehreren Kreisen sind wir mit starken Minoritäten unterlegen. Das Zentrum, das bei der Wahlkreisgeometrie sehr bevorzugt worden war, hat sich behauptet, während die Blockparteien, deren Kandidaten meist treue Gefährten des Reichsverbandes waren, nur mit Hilfe der reaktionärsten Elemente, der Konservativen und Bündler, mühsam ihre Position behaupten konnten. Unsere Genossen setzten gleich nach den Reichstagswahlen mit einer äußerst intensiven Agitation ein; die Erfolge ihrer Arbeit wurden in der Partei mit großer Befriedigung begrüßt.

* * *

Im dritten Berliner Landtagswahlkreis fand im November eine Ersatzwahl statt. Es schieden aus 512 Wahlmänner, welche im Jahre 1903 sozialdemokratisch gewählt hatten. Gewählt wurden diesmal 563 Wahlmänner, mithin erzielten wir einen Gewinn von 51 Wahlmännern. Bei der Abgeordnetenwahl wurden abgegeben für die Sozialdemokratie 1112, für den Freisinn 1117 und für die Konservativen 211 Stimmen. In der Stichwahl erhielt Müller-Sagan 1370 Stimmen, während für unseren Genossen Ledebour 1108 Stimmen abgegeben wurden. Der Freisinn hat diesen Sieg nur dem „elendsten aller Wahlsysteme“ und seinen konservativen „Freunden“ zu danken.

Bei einer Bürgerschaftsersatzwahl in Bremen verloren unsere Genossen das von dem verstorbenen Genossen Struckmann innegehabte Mandat trotz Stimmenzunahme, weil die Bürgerlichen bei dieser Wahl zusammengingen.

Zurzeit ist die Partei in den Parlamenten von 18 deutschen Bundesstaaten mit 135 Abgeordneten vertreten.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Bayern | 20 | Oldenburg | 4 |
| Hamburg | 19 | Lübeck | 4 |
| Bremen | 17 | Reuß j. L. | 4 |
| Württemberg | 15 | Sachsen-Weimar | 3 |
| Baden | 12 | Sachsen-Altenburg | 3 |
| Hessen | 7 | Lippe | 3 |
| Sachsen-Meiningen | 7 | Anhalt | 2 |
| Schwarzburg-Rudolstadt | 7 | Sachsen | 1 |
| Koburg-Gotha | 6 | Schaumburg-Lippe | 1 |

* * *

### Gemeindewahlen.

Unsere Parteigenossen sind heute überall dort, wo die plutokratischen Wahlsysteme nicht von vornherein jede Aussicht auf Erfolg ausschließen, bestrebt, Einfluß auf die Gemeindeverwaltungen zu erlangen. Die Tätigkeit unserer Vertreter in den Gemeinden bildet einen vielversprechenden, wichtigen Zweig der Parteibewegung. Diese Arbeit ist zwar sehr mühevoll, sie bietet aber auch viel Gelegenheit, unmittelbar auf die wirtschaftliche und soziale Besserstellung der Arbeiterklasse einzuwirken. Vielfach haben unsere Genossen den sozialen Geist erst in die Gemeindeverwaltungen hineingetragen. Die Furcht, daß diese umfangreiche, positive Arbeit der Sozialdemokratie die Klasseninteressen der Besitzenden schädigen könne, hat in vielen Gemeinden die Geldsackvertreter zur Verschlechterung der an sich schon meist sehr reaktionären Wahlsysteme veranlaßt.

Es ist unmöglich, über die Beteiligung der Partei an den Gemeindewahlen hier einen umfassenden Bericht zu geben. Wir müssen uns vielmehr darauf beschränken, von den uns am wichtigsten erscheinenden Wahlresultaten Mitteilung zu machen.

Die Stadtverordnetenwahlen in Rheinland-Westfalen gestalten sich zu heftigen Kämpfen, wobei die Gegensätze zwischen Nationalliberalen und Zentrum scharf hervortreten. Durch die „Reform“ des Gemeindewahlrechts im Jahre 1901 ist das Zentrum sehr begünstigt worden. Unsere Genossen haben dort einen schweren Stand. — In Lüdenscheid wurden drei Genossen in das Stadtparlament entsandt. Unsere Kandidaten erhielten 980 Stimmen, die der Gegner 700. Auch in Solingen errangen unsere Genossen einen glänzenden Sieg. Es gelang ihnen, die letzten drei noch von den Bürgerlichen besetzten Mandate der 3. Abteilung mit 2155 gegen 1399 bürgerliche Stimmen zu erobern. Sehr gut haben sich auch die Genossen in Iserlohn gehalten. Für die Kandidaten der Partei wurden 1078 bis 1100 Simmen abgegeben, während auf die Freisinnskandidaten 837 bis 868 Stimmen entfielen. In Düsseldorf stieg unsere Stimmenzahl von 2129 auf 4005, das ist ein Zuwachs von 88 Prozent. In Essen erhöhten wir unsere Stimmenzahl von 1572 auf 2537; in Mülheim a. Rh. von 475 auf 935, und in Herne stieg unsere Stimmenzahl gegen die der Vorwahl um 500. In mehreren Landgemeinden erzielten unsere Genossen schöne Wahlsiege.

In Schleswig-Holstein haben unsere Genossen trotz des Zensus, der in den verschiedensten Abstufungen innerhalb der durch die Städteordnung zugelassenen Grenzen (600 bis 1500 Mk.) fast in allen Städten der Provinz eingeführt ist, gute Erfolge errungen. Wir erlangten allerdings nur drei Mandate: eins in dem Ostseebade Heiligenhausen und zwei in Tönning. Hier sind alle Einwohner wahlberechtigt, die ein Einkommen von mehr als 600 Mk. versteuern, infolgedessen wurden die beiden Mandate von unseren Genossen ohne besondere Schwierigkeiten erobert. In den übrigen Städten, in denen der Zensus 1300 Mk. oder gar, wie in Wandsbek, 1500 Mk. beträgt, konnten unsere Genossen, trotzdem fast überall eine erhebliche Stimmenzunahme erzielt wurde, Mandate nicht erlangen. In Wandsbek betrug die Differenz zwischen der untersten bürgerlichen und der obersten sozialdemokratischen Stimmenzahl nur 44 Stimmen.

(Provinz Sachsen.) Bei den Ersatzwahlen in Magdeburg siegten in der Altstadt die bürgerlichen Kandidaten. Der Kreis ist seiner sozialen Struktur nach beim gegenwärtigen Wahlsystem für die Sozialdemokratie uneinnehmbar. Im Vorort Magdeburg-Neustadt siegten die sozialdemokratischen Kandidaten und erzielten einen Zuwachs von 400 Stimmen. In Sudenburg siegten ebenfalls unsere Kandidaten; der Stimmenzuwachs betrug hier 150. Einen schönen Erfolg errangen die Genossen in Burg. Es wurden vier Sozialdemokraten gewählt. Gegen die Wahl im Vorjahre hatten wir 350 Stimmen gewonnen, die Gegner 100 Stimmen verloren. In Neuhaldensleben und Halberstadt unterlagen unsere Kandidaten trotz erheblicher Stimmenzunahme. In Grimmen errangen wir zwei Mandate und in Tangermünde, wo sich unsere Genossen zum erstenmal an der Wahl beteiligten, wurden drei Genossen gewählt. Unsere Genossen in Aken erzielten auf ihrer Liste 245 Stimmen, die Gegner 66. Zwei Genossen wurden gewählt. Wegen des Terrorismus der Gruben- und Fabrikherren beteiligten sich die Arbeiter in Staßfurt nicht an der Wahl. Von 2700 Wählern der 3. Klasse erschienen dort nur 84 an der Wahlurne. In Erfurt stieg bei den Stadtverordnetenwahlen die Stimmenzahl unserer Genossen von 889 auf 1235. Zwei Genossen wurden in Mühlhausen i. Th. zu Stadtverordneten gewählt.

In Frankfurt a. M. errangen unsere Genossen einen glänzenden Sieg. Unser ausgeschiedener Genosse wurde mit 6700 Stimmen wiedergewählt, gegen 4200 bei der Vorwahl. Trotz des 1200 M.-Zensus gewannen wir drei weitere Mandate, so daß die Stärke der Fraktion von 3 auf 6 gestiegen ist. Zu den Stichwahlen hatten unsere Genossen mit der freisinn-demokratisch-nationalliberalen Koalition ein Abkommen getroffen, wonach unsere Genossen überall dort, wo Liberale mit Mittelständlern in Stichwahl standen, für die Liberalen eintraten, und die Liberalen dort, wo Sozialdemokraten mit den Mittelständlern in Stichwahl standen, für uns eintreten wollten. Die Mittelständler verloren 7 Mandate. — In Stettin siegten unsere Genossen in drei Bezirken. — Die Breslauer Genossen konnten bei den Stadtverordnetenwahlen, trotz Vermehrung der Stimmen um fast 1600, Mandate nicht erringen. — Die Stadtverordnetenwahlen Rixdorf brachten in sämtlichen Bezirken der dritten Abteilung den Sieg der sozialdemokratischen Kandidaten. — Die Genossen in Köpenick haben die 3. Abteilung mit einer Stimmenzunahme von 286 behauptet. — Bei den Stadtverordnetenwahlen in Guben erzielten unsere Genossen eine Stimmenzunahme von 130 Prozent. Die agrarischen Kandidaten siegten bei den Stichwahlen nur mit knapper Mehrheit. — In St. Johann stimmten unsere Genossen bei den Stadtverordnetenwahlen für die freisinnigen Kandidaten, nachdem diese einige Mindestforderungen akzeptiert hatten, um einen Sieg der Tilleschen Scharfmacher zu verhindern. Die Freisinnigen wurden mit großen Mehrheiten gewählt.

(Fortsetzung folgt.)

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Im Erfurter Baugewerbe ist der Kampf von neuem entbrannt. Sämtlichen organisierten Maurern, Zimmerern, Bauarbeitern ist von den Unternehmern gekündigt, weil sie den einseitig von den Meistern entworfenen Tarif nicht unterschreiben wollten. Zuzug ist deshalb streng fernzuhalten. — Der Streik der Klempner und Installateure in Gelsenkirchen ist nach zwölfwöchiger Dauer mit einem vollständigen Siege für die Arbeiter zu Ende geführt. Es wurde die Herabsetzung der Arbeitszeit auf neuneinhalb Stunden, ein Stundenlohn für eben ausgelernte Gehilfen von 40—55 Pfg., für selbständig arbeitende Gehilfen von 55—60 Pfg. und ein Zuschlag bei Überstunden von 25 Proz. bei Nachtarbeit von 50 Proz. erkämpft. Lohn und Arbeitszeit sind durch Tarifvertrag festgelegt. — Die Friseurgehilfen von Bochum, Gelsenkirchen und Essen wollen in eine Bewegung zur Abschaffung des Kost- und Logiswesens eintreten. — Die Steindrucker der Firma Hill u. Klein in Barmen reichten wegen Maßregelung des Vertrauensmannes am Sonnabend ihre Kündigung ein. — Achtung, Buchbinder und Kartonnagearbeiterinnen! In Falkenstein im Vogtland sind in der Kartonnagenfabrik von Siegel Differenzen ausgebrochen. — Bei der Firma Gerstäcker Nachfolger, Inhaber Paul Tauscher, in Chemnitz hat am Sonnabend das Personal die Kündigung eingereicht, die nach acht Tagen abläuft. Von 21 Kollegen, die in Kündigung stehen, gehören 19 dem Buchbinderverband an. Da beide Firmen sich größte Mühe geben, Arbeitswillige heranzuziehen, werden die Kollegen um strengste Solidarität ersucht. — Metallarbeiterbewegung in Altenburg. Die in den Altenburger Nähmaschinenfabriken beschäftigten Metallarbeiter beauftragten ihre Organisationsleitung, wegen Neuregelung der bisher zehnstündigen Arbeitszeit und der Löhne mit den Inhabern der drei in Betracht kommenden Firmen Verhandlungen zu führen.

**Liebknecht über seinen Hochverratsprozeß.** In einer Volksversammlung, die anläßlich des internationalen Kongresses in Stuttgart stattfand, referierte Genosse Dr. Karl Liebknecht über Klassenjustiz und machte dabei einige sehr interessante Mitteilungen über seinen Hochverratsprozeß. Liebknecht verwies u. a. auf die sehr bemerkenswerte Tatsache, daß der aus dem Plötzenseeprozeß rühmlichst bekannte Herr Oppermann, der bald nach seinem schneidigen Vorgehen gegen Liebknecht als Anwalt zum Reichsgerichtsrat befördert wurde, in Kürze das Vergnügen haben werde, über ihn, Liebknecht, in seinem Hochverratsprozeß zu Gericht zu sitzen. Von dem Inhalt seines Buches, so erklärte Liebknecht unter stürmischem Beifall, werde er niemals ein Wort zurücknehmen. Auch mit einer Verurteilung werde das Reichsgericht gegen ihn und seine antimilitaristische Propaganda den erhofften Erfolg nicht haben. Wenn jemand Hochverrat begehe, so gehöre dazu, daß er in einem nicht zu fernen Zeitpunkt eine bestimmte Handlung unternehme, welche den gewaltsamen Umsturz, der Verfassung oder einzelner Teile derselben zum Ziel habe. Doch nun versuche man auch unser stehendes Heer unantastbar zu machen und jeder Kritik desselben das Genick zu brechen. In seinem Buche habe er nichts von einem gewaltsamen Umsturz gesagt, sondern lediglich die Tatsache konstatiert, daß in der Bevölkerung verschiedene Klassen existieren, von denen die weitaus größte die Arbeiterklasse sei, und daß in dem Augenblick, wo sich die ganze Arbeiterschaft ihrer Interessen bewußt sei, die Armee in sich zusammenbreche. Mit Gewaltmitteln habe das aber nichts zu tun. Redner fuhr dann fort: Man habe ihm die Absicht unterschoben, Frankreich zu einem Kriege gegen Deutschland zu reizen (Stürmisches Gelächter) und zwar mit Hilfe der Sozialdemokratie beider Länder (Erneutes stürmisches Gelächter) um bei dieser Gelegenheit die soziale Revolution zu inszenieren und der Armee den Garaus zu machen. Sein ganzes Buch handle aber gerade davon, wie es möglich sei, einen Krieg zu verhindern. Als diese Begründung der Anklage nicht ausgereicht habe, habe man ihm unterschoben, er habe die Arbeiter aufgefordert, Waffenfabriken zu bauen und eine proletarische Revolutionsarme auszubilden mit der dann der der Armee treu gebliebene Teil zuschanden gemacht werden und die soziale Revolution herbeigeführt werden solle. Er müsse dem Reichsanwalt sein Kompliment machen, daß er Dinge aus dem Buche herauslese, die gar nicht darinständen. Man habe nun noch ein drittes Mittel gefunden. Drei verschiedene Wege zu einem Ziel, da wisse doch jeder, daß erst das Ziel da war, um dann erst den Weg zu finden. Das Ziel sei die Unterbindung jeder Kritik des Militarismus und an ihm gedenke man ein Exempel zu statuieren. Die Anklage sei für seinen Antimilitarismus ein wahres Gottesgeschenk geworden. Daß der Hintergedanke, ihm die Anwaltschaft zu entziehen, bestehe, darüber habe er keinen Zweifel.

## Aus Nah und Fern.

**Die unliebsame Kritik im Gerichtssaale.** Anläßlich der Verhandlung gegen den Arbeiter Otto Adolf Breuer spielte sich vor dem Dresdener Schöffengericht eine Szene ab, deren Entstehung und einzelne Details für die Stellung, welche Polizei und Gericht sich in unserem gegenwärtigen Staatswesen selbst zuweisen, geradezu charakteristisch genannt zu werden verdienen. Der Angeklagte hatte eine Strafverfügung über drei Tage Haft wegen groben Unfugs erhalten, gegen die er gerichtliche Entscheidung beantragte. Er beschimpfte am 30. Mai auf der Wettinerstraße seine ehemalige Logiswirtin und soll dadurch einen Menschenauflauf verursacht haben. Der Angeklagte behauptet nun unwiderlegt, er sei unschuldig zu einer zehnmonatlichen Gefängnisstrafe verurteilt worden, habe diese Strafe verbüßt und im Wiederaufnahmeverfahren wurde er freigesprochen. Schuld daran, daß er 10 Monate im Gefängnis sitzen mußte, sei die Frau gewesen. Wenn er sie nun treffe, könne er sich vor Wut nicht halten und schimpfe sie. So war es auch am 30. Mai. Nachdem er aber der Frau gegenüber seinem Unwillen Luft gemacht, sei deren Ehemann auf ihn zugetreten und habe ihn zur Rede gestellt. Er erklärte sich nun bereit, seinen Namen feststellen zu lassen und ging dem Ehepaar voraus auf einen Schutzmann zu, diesem sagend: „Diese Frau wünscht meinen Namen feststellen zu lassen, weil ich sie beschimpft habe“. Es hatten sich mehrere Leute angesammelt, weil die Frau bei dem Gange nach dem Schutzmann ihm Zuchthäusler usw. nachrief — so behauptet er wenigstens. Der Schutzmann wurde als Zeuge vernommen und erzählte, die Frau sei zuerst auf ihn zugetreten und habe ihm den Vorfall angezeigt. Der Angeklagte stellte dies richtig und sagte, er sei zuerst zu ihm gekommen und habe ihn um Feststellung seines Namens ersucht; er sei vor der Frau hergegangen. Da der Schutzmann dies ausdrücklich verneinte und seine erstere Behauptung aufrecht erhielt, ja sogar hinzufügte, der Angeklagte sei hinter der Frau hergekommen, bezeichnet dies der Angeklagte als eine „Lüge“. Er wird vom Vorsitzenden verwarnt, daß er dies nicht sagen dürfe. Da er diesen Vorwurf abermals gegen den Schutzmann erhebt, erhält er einen Tag Haft wegen „Ungebühr vor Gericht“. Kaum zwei Minuten darauf wird durch die Vernehmung der Frau, die gegen den Angeklagten als Belastungszeugin auftritt, zweifellos festgestellt, daß der Schutzmann tatsächlich die Unwahrheit gesagt hat. Trotz nochmaligen Befragens bestätigt sie die Angabe des Angeklagten, daß dieser zuerst an den Schutzmann herangetreten sei und sich zur Feststellung seines Namens zur Verfügung gestellt habe; sie sei hinter ihm hergegangen. Die Verhandlung selbst wird vertagt und beschlossen, nun doch einen vordem abgelehnten Zeugen zu vernehmen. Da nochmals auf die Strafe für die „Ungebühr vor Gericht“ zurückgekommen wird, erklärt der Angeklagte, daß er den Tag absitzen werde, es sei aber doch bewiesen worden, daß es eine Lüge war. Das Gericht verurteilt ihn deshalb zu einer weiteren dreitätigen Haftstrafe. Der Angeklagte, der von vornherein den Eindruck eines nervös erregten Menschen machte — das geht ja auch aus allem hervor — wurde darüber dermaßen erregt, daß er fast weinend vor Wut rief: „Es ist bewiesen, daß es eine Lüge war; Sie wissen einen Sch . . .dreck davon; ich bin so vielemal unschuldig verurteilt worden und lasse mich nicht rechtlos machen!“ Resultat weitere drei Tage Haft, im ganzen also sieben Tage. Ein Befehl an den Gerichtsdiener — der Mann wird mit kühnem Schwunge hinausbefördert und abgeführt. Das Publikum ist im höchsten Grade erregt, einige verlassen den Saal. An der Tür kann sich einer namens Fünfeck nicht enthalten, dem Gericht zuzurufen: „Aber richtig ist es auf keinen Fall!“ Er muß sofort Platz nehmen, wo der Angeklagte eben gesessen hat und erhält 3 Mk. Geldstrafe, wobei sich das Gericht jede Kritik verbittet.

**Durch Tollkirschen vergiftet.** Zwei Bauernkinder in Kraiburg (Oberbayern) sind nach Genuß von Tollkirschen unter gräßlichen Schmerzen auf einem Felde gestorben.

**Eine Feuersbrunst.** In Paris zerstörte eine Feuersbrunst mehrere Gebäude in der Beroystraße. Das Feuer brach in einem Fouragemagazin, welches mit Heu und Stroh angefüllt war, aus. 70 Pferde verbrannten. Eine Holzsägerei wurde ebenfalls zerstört. Mehrere Feuerwehrleute, darunter ein Offizier, wurden bei den Rettungsarbeiten verletzt. Das Feuer nahm eine derartige Ausdehnung an, daß vier Kompagnien der Marine-Infanterie die Feuerwehr unterstützen mußten. Der Materialschaden wird auf 1½ Millionen geschätzt.

**Ein verschwundener See.** Aus Fiesch wird geschrieben: Die Besucher des Wallis werden sich sehr wundern, wenn sie sehen, daß der am Fuße des Eggishorn in der Höhe von 2367 Metern gelegene Merjelensee verschwunden ist. Gleichzeitig sind die Täler von Fiesch und Rodano von den etwa 3 bis 3½ Millionen Kubikmetern Wasser des verschwundenen Sees überschwemmt und verwüstet worden. Der See, der etwa 1 Kilometer lang und 300 Meter breit ist und stellenweise eine Tiefe von 100 Metern hat, ist übrigens jetzt nicht zum ersten Male verschwunden. Es scheint, daß es sich um ein in regelmäßigen Intervallen auftretendes Phänomen handelt. Bereits im Jahre 1886, dann in den Jahren 1893 und 1900 wurde das Verschwinden des Sees konstatiert, so daß man also eigentlich das Ereignis für dieses Jahr hätte vorhersehen können. Die Regierung des Kanton Tessin und die Bundesregierung studieren bereits seit längerer Zeit dieses Ereignis und suchen mit kostspieligen Werken die

Schäden der Überschwemmungen abzuwenden. Man weiß nicht, wann der See anfangen wird, wieder „aufzutauchen“. Jedenfalls aber handelt es sich nur um ein zeitweiliges Verschwinden, und die Freunde des Egglshorn werden bald wieder Gelegenheit haben, den geheimnisvollen See in seiner blauen Herrlichkeit zu bewundern.

**Fünf gegen hundert 18 Stunden gekämpft.** In Odessa hat sich ein Fall ereignet, der an die Taten des in seinem Hause belagerten Pariser Royalisten Chabrol erinnert, der sich tagelang in seinem Hause verbarrikadiert und den Truppen Troß geboten hatte. Ein Telegramm meldet darüber: Fünf junge Leute, die im Verdacht standen, in einem Hause in Keiwojo Osero Bomben anzufertigen, schossen auf den Führer von drei Polizisten und zwei Kosaken, die Einlaß forderten. Hundert Soldaten wurden herbeigeholt und griffen mit Flintenschüssen an. Fünf Revolver antworteten ihnen. Die Soldaten wurden zurückgetrieben. Die Belagerung dauerte 18 Stunden. Ein weißes Taschentuch flatterte zum Fenster hinaus. Die Tür wurde geöffnet. Einer war tot, er hatte Selbstmord begangen, einer ergab sich, drei entflohen.

**Ein Riesenmeteor ins Meer gestürzt.** Bei Long Island ist ein Meteor ins Meer gestürzt. Über den Fall dieses Meteors wird aus Boston gemeldet: Wie durch ein Wunder entging der Dampfer „Cambrian“ der Zerstörung durch ein hausgroßes Meteor, als er sich auf 42 Grad 5 Minuten nördlicher Breite und 5 Grad 10 Minuten westlicher Länge befand. Der dritte Offizier des Schiffes, der gerade Wache hatte, berichtet den Meteorfall wie folgt: Plötzlich flammte nordöstlich von unserem Schiff ein Etwas auf, das einer Rakete glich. Mit ungeheurer Geschwindigkeit kam die feurige Masse näher und näher und erfüllte die Luft mit heißen, beißenden Gasen.“ Die Größe des Meteors schätzt der Gewährsmann auf die eines großen Hauses, und er sagt, daß diese ungeheure Masse kaum 40 Meter von dem Schiff mit fürchterlichem Zischen ins Meer stürzte. Bei dem Sturz erzeugte das Meteor eine kolossale Welle, die den Dampfer stark auf die Seite legte. Der Offizier sagte wörtlich: „Als diese glühende zischende Masse quer über mich wegschoß, fühlte ich, wie mir das Herz stillstand. Wenn das Meteor unser Schiff auch nur gestreift hätte, wäre es unrettbar verloren gewesen.“

**Parfüm der Zarin.** Eine der Lieblingsbeschäftigungen der bürgerlichen Zeitungsschreiber ist die Beweihräucherung fürstlicher Personen. Alle Tugenden sind nach ihnen den Fürsten und Fürstinnen eigen. Ganz selbstverständlich sind die männlichen Mitglieder der Fürstengeschlechter infolge ihrer hochgradigen Intelligenz durchaus befähigt, auf den Universitäten die schwierigsten Lehrstoffe spielend zu bewältigen, sie sind in den Armeen die geborenen Feldherren und stellen für die Marine die tüchtigsten Admirale. Wie es gar nicht anders sein kann, verkörpert sich in den Fürsten Mannesmut und Biederkeit, Wahrhaftigkeit und Treue und wie sonst alle die Dinge heißen, die gerade in fürstlichen Familien in Reinkultur gezogen werden. Fürstinnen dagegen stellen — mit Ausnahme der verflossenen Kronprinzessin von Sachsen — wahre Muster von Hausfrauentugend dar. Höchste Schönheit und Reinheit der Seele finden wir fast bei allen Fürstinnen. Der ausgeprägteste Familiensinn ist ihnen eigen, Sparsamkeit und Einfachheit in der Lebenshaltung machen sie zu unerreichten Vorbildern für die Landestöchter. Putzsucht und Eitelkeit sind Untugenden, die wohl einmal in den unteren Schichten der Bevölkerung sich vorfinden Fürstinnen dagegen präsentieren sich als Muster einfacher Eleganz. Daß diese „einfache Eleganz“ sich manchmal freilich nicht sehr billig stellt, davon zeugt eine Notiz in der Frauenzeitschrift „Womans Life“. Nach der genannten Zeitschrift gibt die Kaiserin von Rußland für Parfüm in einem einzigen Pariser Parfümeriegeschäft die Kleinigkeit von 100000 Frank jährlich aus. Ihr Putztisch ist von gediegenem Silber mit Malachitfüßen, und ihre Parfümflaschen, welch mit Gold und Edelsteinen geschmückt sind, repräsentieren allein ein Vermögen. Ihr Lieblingsduft ist Veilchen, und zu Beginn des Frühlings pflücken in Grasse (Südfrankreich) hunderte weiblicher Lohnsklaven wochenlang Veilchen, aus denen einzig und allein Parfüm für die Kaiserin von Rußland hergestellt wird. Uns ist dieser reichliche Konsum von Parfüm sehr erklärlich. Der Blut- und Moderdunst, der von den russischen Leichenfeldern aufsteigt, belästigt das empfindliche Näschen der Zarin. In eine Wolke lieblichen Duftes gehüllt, tändelt sie durchs Leben — bis der ganze Grimm und Haß der unterdrückten und geknechteten Russen sich entlädt und die parfümierte Herrlichkeit zusammenbricht.

**Die Rache eines Verschmähten.** Ein Verbrechen, dem vier Menschenleben zum Opfer gefallen sind, wurde in Fondi (Caserta) verübt. Man berichtet darüber aus Neapel: Ein gewisser Vincenzo de Silvestri war in ein Mädchen verliebt, wurde aber von ihm abgewiesen. Aus Rache hierüber zündete er eine Hütte an, in der seine Geliebte mit drei Freundinnen schlief. Die leicht gebaute Hütte stand sofort in hellen Flammen, von denen die Unglücklichen bei lebendigem Leibe verzehrt wurden. Als das Feuer im Dorf bemerkt wurde, eilten sofort die Bauern herbei, doch war es zur Rettung bereits zu spät. Da Silvestri unmittelbar bei der Hütte stand, ohne auch nur den geringsten Versuch zu machen, seine schreienden Opfer zu retten, sagte ihm einer der Bauern seine Schandtat auf den Kopf zu. Silvestri zog darauf blitzschnell einen Revolver aus der Tasche und gab auf seinen Ankläger einen Schuß ab, der diesen am rechten Fuß verwundete. Dann ergriff er die Flucht und konnte bisher trotz aller Recherchen noch nicht ergriffen werden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.

**Allerfeinste holsteinische Meiereibutter Pfund 1.30 Mk.**
**Feine Meiereibutter 1.20 Mk., Bauernbutter 1.15 Mk.**
**Feinsten holsteinischen Landschinken im Ausschnitt**
**Landschinkenspeck, Landeier, Landwurst**
**9 Eier 60 Pfg.**
**Gute feste Landmettwurst (Winterware) Pfund 1.20 Mk.**
**Cervelatwurst Pfund 1.10 und 1.30 Mk.**
**Auf alle Waren rote Rabattmarken.**
**Hans Wegener, ob. Wahmstraße 10.**

**Hausfrauen! Selten billiges Angebot!**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Prima Schweizerkäse | Pfund | 85 | Pfennig |
| Holländer Käse, leicht gedrückt | „ | 85 | „ |
| Tilsiter vollfett, etwas gerissen | „ | 60 | „ |
| Tilsiter Käse, sehr schön | „ | 40 | „ |
| 2 echte grüne Kräuterkäse | „ | 15 | „ |
| 4 Stück alte Harzkäse | „ | 10 | „ |

**Eduard Speck, Hüxstraße 80 u. 82.**

**Möbel Betten Sofas Garnituren Tische Stühle Spiegel auf Credit.**
Kaufe nur bei S. Sachs auf Credit 41. Hüxstrasse 41.
**Herren- Damen- Kinder- Garderoben Kleiderstoffe Leinenwaren Wäsche auf Credit.**
denn:
Credit-Haus S. Sachs ist das älteste in Lübeck.
Credit-Haus S. Sachs ist das größte in Lübeck.
Credit-Haus S. Sachs ist das kulanteste in Lübeck.
Credit-Haus S. Sachs hat größte Auswahl in Lübeck.
Credit-Haus S. Sachs d. größte Kundenzahl in Lübeck
Credit-Haus S. Sachs gibt alten Kunden Ware ohne Anzahlung.
Credit-Haus S. Sachs kann jeder Kunde die Ratenzahlungen ganz nach seinem Einkommen selbst bestimmen.
Credit-Haus S. Sachs nimmt grösste Rücksicht b. Krankheit u. Arbeitslosigkeit
Wöchentliche Abzahlung von 1 Mark an
Kundenzahl: Ca. 4500.
Stammhaus gegründet 1858.
**S. Sachs Hüxstr. 41.**
Wöchentliche Abzahlung von 1 Mark an.

**Gesucht zu sofort ein Laufmädchen.**
Ludwigstraße 8.

**Ein gutes Logis zu vermieten**
Fischergrube 29, I.

Gesucht zum 1. Oktober eine Wohnung im Preise bis 200 Mark. Angebote unter **R D** an die Exp. d. Bl.

Gesucht zum 1. Oktober eine Dreizimmerwohnung in St. Lorenz (nördlich) oder ein **Haus** zu kaufen gesucht.
Offerten mit Preisangabe u. **W.** an die Exped. d. Bl.

**Billig zu verk. mehrere Sofas**
Königstraße 28.

**Eine Ladeneinrichtung**
zu verkaufen. Engelsgrube 79.

**Verloren** 23 Tombola vom Gesangverein „Freiheit“, 2 Tombola vom Gesangverein der Zimmerer. Es wird gebeten, dieselben in der Expedition dieses Blattes abzugeben.

**Portwein und andere Süßweine**
billigst
**W. Rabloth, Hüxstraße 113.**

Empfehle
**Lütjenb. Doppelkümmel**
von Evers-Emin.
en gros. en detail.
**Rudolf Storch,**
Fleischhauerstr. 43.

Empfehle Sonnabend in der Markthalle, Stand 25, meinen feinen Rindfleisch und Kalbfleisch.
Aufschnittwaren billig.
Alb. Hidde.

**Vereinigte Butterhändler von Lübeck und Umgegend.**
**Allerfeinste Meiereibutter kostet Pfund 1,30 Mark.**

**Pfaffenspiegel**
Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

**Totaler Ausverkauf**
**sämtlicher Schuhwaren**
zu und unter Einkaufspreisen wegen Aufgabe des Ladens.
**D. Henning, Sadowastr. 34.**

**Neue Sommerfang- und Matjes-Heringe**
sowie sämtliche Fluß- und Seefische, Kieler Räucherwaren empfiehlt
**Fischhalle „Hansa“,**
Fünfhausen 33. Markthallenstand 104.
Telephon 1569. Rote Rabattmarken.

**Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel**
kaufen Sie billig und reell bei
Markt 4. **Otto Albers** Lohm. 10.
z. B. komplette Betten von 12.50 Mk. an, Federn pr. Pfd. von 45 Pf. bis 4 Mk.
**Rote Lubeca-Marken.**

**Uhren u. Goldwaren**
Trauringe, 333 u. 585 gest., enorm billig bei
**Ernst Gentzen**
Uhrm., Königstr. 62, b. d. Hüxstr.
Gebe rote Rabattmarken.

Jeden Sonnabend
**heiße Knackwurst**
empfiehlt
**H. Scheel, Hansastr. 43.**

Diese Woche:
**Pa. junges fettes Rindfleisch, Kalbfleisch**
empfiehlt
**F. Vagt, Beckergrube 67.**

**Billig! Billig!**
**Ca. tausend Pfund Schweizer Käse Pfund 75, 65 u. 55 Pfg.**

| | |
|---|---|
| 11 Stück Eier . . . . 60 Pfg. | Tilsiter Fettkäse . . . Pfund 40 und 30 Pfg. |
| 10 Paket Puddingpulver . . . 40 Pfg. | Posten harte Wurst . Pfund 75 und 88 Pfg. |
| ff. Pflaumenmus . . . Pfund 20 Pfg. | ff. Meiereibutter . . . Pfund 110 Pfg. |
| Tilsiter Vollfettkäse . . . Pfund 60 Pfg. | Kirschsaft . . . Flasche 40 und 30 Pfg. |

**Schinken in Stücken Pfund 80 und 70 Pfg.**
**Otto Burckhardt, Hüxstrasse 42.**

**Eine Partie sehr fetten Tilsiter, weich und pikant statt 60 nur 40 Pfg.**
**Alten Tilsiter Fettkäse in Staniol Pfund 60 Pfg.**
**Vollsaftigen gut gelochten Schweizerkäse Pfd. 100 Pf.**
**Hans Wegener, ob. Wahmstraße 10.**

**Schirmfabrik und Hut-Bazar**
von
**H. Stoppelman**
**Königstrasse 73,** Eingang Hüxstr.
empfiehlt ihre Fabrikate in
**Regenschirmen.**
Größte Auswahl am Platze. Bekannt billigste Preise.
**Filz-Hüte, Claphüte, Cylinder und Mützen**
Enorme Auswahl. Billigste Preise.
Gebe rote Rabattmarken.
**Nur Königstraße Ecke und Eingang Hüxstraße.**